

**3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen
am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold**

Anträge und Resolutionen

Inhaltsverzeichnis

01	Leitanträge	3
02	Landespolitik	21
03	Bundespolitik	33
04	Internationale Politik	43
05	Partei und Organisation	46
06	Resolutionen	52

**3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen
am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold****01 Leitanträge**

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
01-01	Landesvorstand	Kommunalpolitische Eckpunkte	3
02-03	LAG Forum demokratischer Sozialisten (fds)	Kommunalpolitische Eckpunkte	8
03-14	H. Scheuch-Paschkewitz, U. Wilken und weitere 46 Unterzeichner	Heißer Herbst gegen soziale Kälte	13

Antrag 01-01**Antragsteller:** Landesvorstand**Antragsthema:** Kommunalpolitische Eckpunkte der LINKEN Hessen**Antrag:**

Der Landesparteitag möge die folgenden kommunalpolitischen Eckpunkte beschließen:

1. Kampf um bessere Lebensbedingungen für alle, statt Anpassung an die Interessen der Herrschenden

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden sind finanziell so ausgeblutet, dass sie zur Erfüllung der kollektiven Bedürfnisse der Bevölkerung nicht in der Lage sind. Weitere Steuermindereinnahmen stehen für die hessischen Kommunen an. Steuergeschenke und Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs durch die CDU/FDP-Regierung belasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zunehmend werden Aufgaben der Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. Linke Politik darf diese Vorgaben des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht als sog. „Sachzwänge“ akzeptieren. Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürgern zugute kommen, problemlos erfüllt werden. Deshalb werden wir keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen. Wir werden vielmehr die Vermögensverteilung in Deutschland anprangern, die durch eine Anhäufung von Reichtum in den Händen Weniger einerseits und gleichzeitig wachsende Armut und ausgeplünderte öffentliche Kassen andererseits gekennzeichnet ist. Und wir werden den Widerstand dagegen aufbauen. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige soziale Einrichtungen oder Bildungsinvestitionen nicht an fehlendem Geld, sondern an einer Politik scheitern, für die diejenigen Parteien verantwortlich sind, die das Leben der Menschen vom Wohl und Wehe des Kapitals abhängig machen. Wir entlassen CDU, FDP, Grüne und SPD auch vor Ort nicht aus ihrer Verantwortung und Haftung für den Niedergang des sozialen Gemeinwesens in den Kommunen.

DIE LINKE geht nicht in die kommunalen Parlamente, um dort ein möglichst reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Systems zu fördern. Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, wobei der Beseitigung der Nachteile, die die wirtschaftlich schwachen Schichten gegenüber den einkommensstarken haben, besondere Priorität einzuräumen ist. Gleiche Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen werden wir mit Nachdruck verfolgen. Bürgerinitiativen und vor Ort tätige soziale Bewegungen sehen wir dabei als unsere Partner an.

2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden, aber es gibt Möglich-

1 keiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr
2 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, z. B.
3 . durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen
4 den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten
5 über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen
6 Verkehrsmittel) gewährt;
7 . durch eine soziale Preisgestaltung bei den Versorgungsunternehmen;
8 . durch eine intensive medizinische und soziale Betreuung und Versorgung;
9 . durch mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen;
10 . durch Sicherstellung eines angemessenen Wohnraums, insbesondere durch Er-
11 haltung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und des öffentlichen Wohnungs-
12 bestandes; niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Mietwohnung vertrieben
13 werden;
14 . durch Kampf gegen jede Diskriminierung und Diffamierung der erwerbslosen und
15 armen Menschen, insbesondere bei Schikanen durch öffentliche Behörden und Ein-
16 richtungen;
17 . durch zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, z.B. Weihnachtsbeihilfen für
18 finanziell schwache Familien.

19 **3. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohnerinnen und Einwohner**
20 Neben und innerhalb der wirtschaftlich Schwachen sind viele Migranten und ins-
21 besondere Migrantinnen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus-
22 geschlossen. Diesen Zustand dürfen wir nicht hinnehmen. DIE LINKE arbeitet mit
23 den Migrantinnen und Migranten zusammen und kämpft für ihre Einbeziehung in die
24 kommunalen Entscheidungsprozesse bis hin zum kommunalen Wahlrecht für alle
25 dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Solange der Gesetzgeber die
26 notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte
27 aufgewertet und auch andere Wege der örtlichen Mitwirkung für Migrantinnen
28 und Migranten geschaffen werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen,
29 die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Ent-
30 scheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Das ist ein Menschen-
31 recht, welches nicht unter den Vorbehalt des Besitzes eines bestimmten Reise-
32 passes gestellt werden darf.

33 **4. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle**

34 DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau
35 der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher
36 Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Bereits
37 privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesund-
38 heitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energie-versorgung,
39 Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen
40 öffentliche Aufgaben bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen
41 und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Privatisierungen haben ge-
42 zeigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren und
43 zugleich die Arbeits- und Bezahlungsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern.
44 Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten
45 (PPP) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital
46 erzielen. Langfristig kann das für die Kommunen nur teurer werden.

48 **5. Arbeitsmarktpolitik für die Menschen**

49 Städte und Gemeinden sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den
50 Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik tariflich
51

1 bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeits-
2 suchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Weg-
3 drücken der Erwerbslosen in Ein-Euro-Jobs verhindern. Diese sind abzuschaffen.
4 Hierzu ist eine aktive und einfallreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde er-
5 forderlich und geboten. Den insoweit bestehenden kommunalrechtlichen Ein-
6 schränkungen muss entgegengetreten werden. Diese Arbeitsmarktpolitik ist eine
7 menschenfreundliche Alternative zu den Versuchen mancher Städte, mit einem
8 Dumpingwettbewerb scheinbar kapitalkräftige Firmen auf eigene Gemarkung zu
9 locken und damit andere Kommunen zu schädigen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass
10 die Konkurrenz der Kommunen um die größte „Wirtschaftsfreundlichkeit“ abgelöst
11 wird durch die Solidarität der Kommunen zur Verbesserung des Lebens aller
12 Menschen.

13 6. Sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung

14 DIE LINKE steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus öko-
15 logischen und sozialen Gründen. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang
16 vor dem Individualverkehr einzuräumen. Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien
17 Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität ein-
18 geschränkt, wenn im ländlichen Bereich öffentliche Nahverkehrssysteme nur un-
19 zureichend vorhanden oder die Fahrpreise insgesamt zu teuer sind. DIE LINKE
20 strebt einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an. Schon jetzt dürfen aber die
21 Fahrpreise die Pkw-Fahrtkosten auf keinen Fall übersteigen. Die Schülerbeförderung
22 muss kostenfrei angeboten werden.

23 DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unver-
24 antwortliche Großprojekte wie Großkraftwerke oder den Ausbau des Frankfurter
25 Flughafens. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen diese
26 Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen
27 belasten. Wir wollen mit lokalen Gruppen wie Agenda 21 oder Umweltschutzgruppen
28 zusammenarbeiten, um kommunale Energie- und Umweltkonzepte zu erarbeiten.
29 Dabei setzen wir uns vor allem ein für

- 30 • Investitionen der Kommunen und Kreise sowie Förderung der privaten
31 Investitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie;
- 32 • Erhaltung und Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten ggf. durch ge-
33 nossenschaftliche Einrichtungen;
- 34 • Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Stadtwerke
35 in kommunalem Besitz;
- 36 • umweltpolitische Ausrichtung der kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächen-
37 verbrauch, Wasser, Energieeinsatz, Mobilität und Wirtschaftsstruktur;
- 38 • Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe und Erhaltung wohnortnaher Arbeitsplätze;
- 39 • landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien
40 des ökologischen Landbaus.

41

42 7. Kostenlose Bildung von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung

43 DIE LINKE fordert den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kosten-
44 losen Krippenplätzen und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte
45 Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen
46 gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung
47 und die Bezahlung von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung ver-
48 bessert werden.

49 DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip
50 Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können,

1 wird sich DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem
2 durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt.

3 Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer
4 individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine ent-
5 sprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses in
6 öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

7 Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld ver-
8 langen, lehnt DIE LINKE nachdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem krassen
9 Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle.

10

11 **8. Mehr direkte Demokratie wagen**

12 Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und
13 Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Wir treten für ihre Erweiterung ein. Wo
14 Menschen ihre legitimen Interessen in der Gemeinde direkt geltend machen, stehen
15 wir aber schon jetzt unterstützend an ihrer Seite. Alle Bürger sollen über Bürger-
16 Haushalte, Bürgerbegehren und Volksentscheide direkt mitentscheiden können. Das
17 setzt Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit
18 voraus. Auch die Stadtverordneten sollen wieder mehr Rechte, insbesondere
19 Kontrollrechte gegenüber Magistrat und kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu
20 gehört auch eine Einschränkung der Geheimhaltungspflichten, die
21 nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die
22 Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln. Diesem undemokratischen Zu-
23 stand treten wir entgegen.

24

25 **9. Kampf gegen Faschismus und Rassismus**

26 Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus
27 richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde
28 der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr
29 gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder
30 religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozial-
31 politik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im
32 Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

33 Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsaus-
34 übung im Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und
35 die Aktionen der rassistischen und faschistischen Organisationen gegen Moscheen.

36 Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen über-
37 parteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir
38 setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen,
39 die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen
40 kommunal gefördert werden.

41

42 **10. Kommunen für den Frieden**

43 DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und inter-
44 nationale Kriegseinsätze. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in
45 der Kommune. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der
46 Arbeitsberatung in Schulen und Jobcentern nichts zu suchen.

47 Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale
48 Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultur-
49 einrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der
50 Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Ent-

1 wicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver
2 Friedenspolitik.

3

4 **11. Mitmachen**

5 Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsver-
6 sorgung:

7 Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus.

8 Wir fordern die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für not-
9 wendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger
10 einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu
11 machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische
12 Kommunalpolitik zu streiten.

Antrag 02-03**Antragsteller:** LAG Forum demokratischer Sozialismus (fds)**Antragsthema:** Kommunalpolitische Eckpunkte der LINKEN Hessen**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kommunen stärken - Demokratie und soziale Gerechtigkeit entfalten!

Die LINKE kämpft für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wie die weltweiten Initiativen gegen die Klimaveränderung, des Internationalen Sozialforums oder die Agenda 21-Aktivitäten lehren, muss den globalen gesellschaftlichen Problemen auch und vor allem lokal auf kommunaler Ebene begegnet werden. Wer in den Gemeinden, Städten und Kreisen für mehr Demokratie und den sozial-ökologischen Wandel streitet ist damit Teil einer internationalen demokratischen Bewegung.

In Hessen besteht zunehmend die Gefahr, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben zugunsten der städtischen Metropole eingeschränkt werden. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik muss gleiche Lebenschancen in Stadt und Land möglich machen und die Nachteile ländlicher Regionen gerecht ausgleichen.

Bürgerinnen und Bürger können von ihren kommunalen Vertretern erwarten, dass sie für gute und lebenswerte Verhältnisse in ihren Städten und Gemeinden sorgen. Das reicht von den Kindergärten bis zu den Friedhöfen, das betrifft die Wohnung, Wasser- und Energieversorgung, Sport- und Freizeitstätten für die Jugend und genauso Kultur- und Bildungsangebote. Die kommunalen Dienstleistungen sollen effizient und bürgerfreundlich sein

Die gravierende Finanzsituation der Kommunen gefährdet die soziale Teilhabe vieler Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen. Wenn angesichts fehlender Mittel beispielsweise in Kindertagesstätten die Gebühren erhöht oder Jugendeinrichtungen geschlossen werden, geht das vor allem zu Lasten der Zukunftsperspektiven von sozial Schwächeren, diese auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind.

Kommunen und Städte brauchen eine ausreichende Finanzausstattung für ihre Bürgerinnen und Bürger Die miserable Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist inzwischen erschreckend.

Nach jahrelangem Spardiktat und Privatisierungen leiden die Kommunen unter einer Finanznot, die durch das Abwälzen weiterer Lasten der Wirtschaftskrise ein für die Kommunen existenzbedrohliches Ausmaß annimmt. Um 380 Millionen Euro will die hessische Landesregierung allein den kommunalen Ausgleich für die Kommunen kürzen. Die meisten Bürgermeister und Landräte sehen das Problem, belassen es aber bei verbalen Protesten.

Ein Großteil wird Leistungen für seine Bürger kürzen, Einrichtungen gar schließen und gleichzeitig die Steuern und Abgaben erhöhen weil die Regierungspräsidien dies den Kreisen Städten diktieren und die Landräte ebenso den kleinen Städten und Gemeinden. Absurderweise wird das ?Haushaltskonsolidierung? genannt.

1 Die hessische Landesregierung möchte mit der Kommunalwahl in einer Volks-
2 abstimmung am 27. März 2011 die Schuldenbremse in den Verfassungsrang er-
3 heben. Für dieses volkswirtschaftlich absurde Vorhaben hofft sie auch noch, die
4 höchsten Weihen der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

5 Statt einer schädlichen Schuldenbremse müssen planungssichere Einnahmen für die
6 Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt ge-
7 schaffen werden. Die Hessinnen und Hessen brauchen Vereins-, Sozial- und Kultur-
8 einrichtungen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen Nahverkehr und klima-
9 schonende Energien statt immer weitere Steuergeschenke für Banken, Manager und
10 Einkommensmillionäre. Notwendig ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu
11 einer Kommunalwirtschaftssteuer. Unmittelbar müssen benachteiligte überschuldete
12 Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden.

13 Aber viele Kommunalpolitiker aus CDU und SPD unterwerfen sich den so genannten
14 Spar- und Sachzwängen. Auf diesem Wege wird der trostlose Versuch, die
15 kommunalen Finanzen in Ordnung zu bringen zum reinen Selbstzweck, bei dem die
16 sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vollständig auf der
17 Strecke bleiben.

19 **Gemeinschaftsaufgaben öffentlich organisiert und demokratisch kontrolliert**

20 Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der
21 örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.
22 Dieses demokratische Recht existiert aufgrund der finanziellen Not und der daraus
23 resultierenden Bevormundung übergeordneter staatlicher Stellen heute faktisch nicht
24 mehr.

25 Die Privatisierung öffentlicher Leistungen galt CDU wie SPD lange als der goldene
26 Weg, weil sie in einer Zeit der Haushaltszwänge den Anschein erweckte, die Privaten
27 könnten es besser und sie spare Geld.

28 Die permanente Verschiebung öffentlicher Aufgaben in den Privatsektor erfolgte,
29 ohne dass die Allgemeinheit irgendeinen erkennbaren Vorteil daraus ziehen konnte,
30 aber letztlich die demokratische Kontrolle verlor und immense Kosten für die Steuer-
31 zahler entstanden. Die Privatisierung der Unikliniken Marburg und Gießen legen
32 darüber Zeugnis ab.

34 Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und
35 Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so
36 zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich alle negativen Folgen
37 für die Bevölkerung ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Ge-
38 bühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten werden ver-
39 schlechert. Um diesen Entwicklungen zu begegnen ist mehr demokratische Kontrolle
40 notwendig. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen sind der
41 Kontrolle der Kommunalparlamente zu unterstellen.

43 Mit der Finanzkrise der Kommunen steigt der Druck, öffentliche Einrichtungen ver-
44 rotten zu lassen, sie zu schließen oder zu verkaufen wieder enorm an, weil den ver-
45 schuldeten Städten und Gemeinden untersagt wird, Kredite für notwendige In-
46 vestitionen aufzunehmen.

47 Eine soziale und demokratische Kommunalpolitik muss solche Entwicklungen
48 stoppen, Gemeinschaftsaufgaben in öffentlicher Hand organisieren und durchsetzen,
49 dass im Interesse der Bürgerinnen und Bürger notwendige Investitionen vor-
50 genommen werden. Statt weiterer Privatisierung sind notwendige Schritte der Re-
51 kommunalisierung von Betrieben in Angriff zu nehmen.

1 Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden Zunehmend organisieren viele
2 Bürgerinnen und Bürger ihre kommunalen Angelegenheiten ehrenamtlich selber.
3 Dieses beachtliche und unterstützenswerte bürgerschaftliche Engagement verkehrt
4 sich in sein Gegenteil, wenn kommunale Vertreter die Gelegenheit dafür miss-
5 brauchen, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen.
6 Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den be-
7 teiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den sie betreffenden
8 kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

10 **Kommunale Sozialpolitik**

11 Nicht nur in den städtischen Metropolen finden sich soziale Brennpunkte mit Drogen-
12 und Alkoholsucht, Obdachlosigkeit, privater Überschuldung und massiver Jugend-
13 gewalt. Auch die ländlichen Regionen bilden schon länger nicht mehr eine heile Welt
14 an die so mancher CDU oder SPD-Kommunalpolitiker nur allzu gerne noch glaubt.

15 Die soziale Spaltung in Reiche und Arme, zunehmende soziale Ungerechtigkeiten,
16 durch die Politik der Bundesregierung und die vielen sozialen Problemebenen,
17 können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Aber soziale
18 Kommunalpolitik muss die zuständigen Verwaltungen finanziell und personell
19 stärken, die sozial engagierten Wohlfahrtsverbände und Vereine stärker unter-
20 stützen, statt fortwährend vermeintlich ?freiwillige? Leistungen für die Einrichtungen
21 zu kürzen.

22 In den Gebührensatzungen muss es zukünftig möglich sein, soziale Aspekte umfäng-
23 lich zu berücksichtigen.

24 Kommunale Sozialpolitik kann konkret die Situation der wirtschaftlich Schwachen
25 und Ausgegrenzten verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen
26 Leben ermöglichen, z. B. durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen
27 und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen
28 (von den Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Be-
29 nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt, durch präventive medizinische und
30 soziale Betreuung und Versorgung, durch mehr Jugendsozialarbeit und bessere
31 Jugend- und Sozialeinrichtungen; durch Sicherstellung eines angemessenen Wohn-
32 raums, insbesondere durch Erhaltung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und
33 des öffentlichen Wohnungsbestandes und beispielsweise zusätzliche Hilfen aus be-
34 sonderen Anlässen, z.B. Weihnachtsbeihilfen für finanziell schwache Familien.

36 **Kommunale Demokratie entwickeln**

37 Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und
38 Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und
39 Einwohneranträge ermöglichen es den Bürgern, auf kommunaler Ebene mitzu-
40 bestimmen. Bürgerversammlungen, auch auf Kreisebene sind wichtige Foren zur
41 demokratischen Meinungsbildung. Die Verabschiedung von kommunalen
42 Informationsfreiheitssatzungen schafft die notwendige Transparenz der Ver-
43 waltungen, damit Bürgerinnen und Bürger über ihre Kommune gut informiert sind.

44 Die verstärkte Einführung von Bürgerhaushalten ist ein Instrument, damit die Bürger
45 direkt Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kommune nehmen können, wiewohl
46 manchem Bürgermeister vorschwebt, mit den Bürgerhaushalten die Bürger für die
47 Umsetzung der Sparzwänge mitverantwortlich zu machen.

48 Die kommunalen Beiräte und zu schaffende Vertretungen der Jugendlichen müssen
49 in Zukunft mehr Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung erhalten.

50 Viele Migranten und insbesondere Migrantinnen von der Teilhabe am gesellschaft-
51 lichen Leben ausgeschlossen. Sie müssen in die kommunalen Entscheidungs-

1 prozesse einbezogen werden einschließlich des kommunalen Wahlrecht für alle
2 dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Das Demokratieprinzip gebietet,
3 dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die
4 kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

6 **Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik - sozial und ökologisch gestalten**

8 Öffentliche Verwaltungen und Betriebe haben als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards einzuhalten. Das heißt beispielsweise
9 Ausschluss von Lohndumping durch Leiharbeit und 1?-Jobs, das heißt auch
10 klima- und umweltschonende Produktion und entsprechender Energiebezug.

12 Im Gegensatz dazu wird aber immer häufiger versucht, auch in öffentlichen Gesellschaften auf dem Rücken der Beschäftigten mit den Privaten ?mitzuhalten? und
13 finanzielle Mittel für die maroden kommunalen Haushalte zu erwirtschaften.

15 Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die
16 ?heimische Wirtschaft stärken? sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass
17 Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche
18 Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

19 **Kommunale Bildungs- und Kulturpolitik ausbauen**

21 Der zügige Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen
22 und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes
23 pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist, ist eine wichtige Aufgabe für eine auf
24 Chancengleichheit beruhende Entwicklung. Die Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen in den
25 Kindertagesstätten (Personalschlüssel, Qualifizierung, keine befristeten Arbeitsverhältnisse) ist eine
26 notwendige Voraussetzung dafür.

28 DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch
29 integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem
30 Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende
31 räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes
32 gesundes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

34 Die Wahrnehmung kultureller Angebote beispielsweise der Stadtbüchereien, Musikschulen und von
35 Veranstaltungen sind kein Luxus für begüterte Bürger. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur
36 Lebensentfaltung aller und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin fördern,
37 anstatt sich aus der Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich um ?freiwillige? Leistungen handeln
38 würde.

41 **Gesundheit für alle und wohnortnah**

42 Es ist ein Grundrecht für jeden Menschen, den bestmöglichen Gesundheitszustand zu erlangen.
43 Besonders in ländlichen Regionen ist die Gesundheitsversorgung durch die Folgen der Gesundheitspolitik der
44 letzten Jahrzehnte akut bedroht. Ärzte finden für ihre Praxen keine Nachfolger, kommunale Krankenhäuser
45 suchen händeringend nach medizinischem Personal. Es herrscht bereits medizinische Unterversorgung.

47 In dieser Situation drohen die betroffenen Regionen zu Opfern großer Konzerne im Gesundheitssektor
48 zu werden, die darauf warten, weitere kommunale Krankenhäuser aufzukaufen und die ambulante
49 ärztliche Versorgung durch ihre Medizinischen Versorgungszentren zu übernehmen.

1 Leitragende wären wieder die Patienten und Beschäftigte in den Gesundheitsein-
2 richtungen.

3 LINKE Kommunalpolitiker werden sich dafür einsetzen, dass sich ihre Regionen
4 nachdrücklich Gehör verschaffen um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu
5 sichern. Rückgrat einer solchen medizinischen Versorgung sind öffentlich-
6 kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert
7 werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

9 **Klima schützen, Energie sparen - Energieversorgung in eigener Hand**

10 Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atom-
11 kraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Viele Kommunen können ihre
12 Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zu-
13 sammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst
14 organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen.
15 Nach und nach übernehmen Kommunen auch wieder die Stromnetze in ihren Besitz
16 und können so lokal die politischen Weichen für eine regional-nachhaltige Energie-
17 politik legen.

19 **Soziale und ökologische Nahverkehrspolitik**

20 DIE LINKE fordert einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus öko-
21 logischen und sozialen Gründen. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang
22 vor dem Individualverkehr einzuräumen.

23 Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen.

24 Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn im länd-
25 lichen Bereich öffentliche Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden oder die
26 Fahrpreise insgesamt zu teuer sind.

27 DIE LINKE strebt deshalb einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an.

28 Schon jetzt soll die Schülerbeförderung kostenfrei angeboten werden.

30 **Kampf gegen Faschismus und Rassismus**

31 Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus
32 richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde
33 der betroffenen Menschen.

34 Die Religionsgemeinschaften haben das Grundrecht der freien Religionsausübung
35 im Rahmen der allgemeinen Gesetze. Dies gilt es entschieden zu verteidigen.

37 Vor allem im mittelhessischen Raum gibt es immer noch massive Probleme mit
38 rechtsextremistischen Gruppen. Deren lokale Aktivitäten dürfen nicht verharmlost
39 werden. Es ist Aufgabe einer engagierten Kommunalpolitik den Rechtsextremisten
40 ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen.

42 **Begründung**

43 Die LAG Forum demokratischer Sozialismus (fds) Hessen tritt für mehr Rechte der
44 Kommunen und Landkreise innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung ein.

45 Der Rest der Begründung ergibt sich aus dem Antragstext selbst.

1 **Antrag 03-15**

2 **Antragsteller:** Heidemarie Scheuch-Paschkewitz, Ulrich Wilken
3 und weitere 46 Unterzeichner
4

5 **Antragsthema:** Leitantrag „Heißer Herbst gegen soziale Kälte

6 **Antrag:**

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8 **Heißer Herbst gegen soziale Kälte**9 **I. Kapitalismus und Krise – Die soziale Kälte im Land nimmt zu.**

10 Die Katze ist aus dem Sack. Wie erwartet hat die schwarz-gelbe Bundesregierung
11 nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ihre Kürzungspläne aus der Schub-
12 lade geholt. Während über Nacht hunderte Milliarden zur Rettung des Euro bereit-
13 gestellt werden, sollen jetzt durch das Kürzungspaket Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
14 nehmer, Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien und Rentnerinnen und Rentner die
15 Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen. Leistungen für Erwerbslose werden
16 gekürzt, Hartz IV-Beziehenden werden das Elterngeld und der Zuschuss zur Renten-
17 versicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen ent-
18 fällt. 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, außerdem dro-
19 hen Gehaltskürzungen. Mit der Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenver-
20 sicherung und der Freigabe der Zusatzbeiträge wird die Kopfpauschale durch die
21 Hintertür eingeführt. Steuergeschenke für Hotelbesitzerinnen und -besitzer gegen
22 Spenden an die FDP, Truppenaufstockung für den Krieg in Afghanistan, Abbau der
23 Entwicklungshilfe kennzeichnen den Kurs der Regierung.

24 Die Laufzeiten von AKWs sollen verlängert werden, damit die Profite der großen
25 Energiekonzerne steigen. Die soziale Kälte im Land nimmt weiter zu. Guido Wester-
26 welle liefert für die Regierung die passende Begründung.

27 Es müsse Schluss sein mit „Freibier für alle!“ Und Bundeskanzlerin Angela Merkel
28 meint, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.
29

30 Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Einige wenige saufen mit Westerwelle und
31 Merkel Champagner, während immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie ihre
32 Miete zahlen, geschweige denn ihre Wohnung heizen sollen. In der Bundesrepublik
33 besitzen die reichsten zehn Prozent über sechzig Prozent des gesamten Vermögens.
34 Nicht Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Alleinerziehende, Hartz-IV-Bezieherinnen
35 und –Bezieher, Durchschnittsverdiener, kleine Selbstständige oder das akademische
36 Prekariat haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern eine Minderheit von Reichen
37 und Vermögenden. Reiche werden reicher, Arme werden ärmer, lautet das Ergebnis
38 der neoliberalen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre.
39

40 Die Ursachen für diese Entwicklung sind seit langem bekannt. Jahrzehntlang haben
41 wechselnde neoliberale Regierungen eine Politik der Umverteilung von unten nach
42 oben betrieben. Durch enorme Steuererleichterungen für Unternehmen und Besser-
43 verdienende haben sie die öffentlichen Kassen gelehrt. Dennoch wurden auf dem
44 ersten Höhepunkt der Krise innerhalb von nur einer Woche 500 Mrd. an Bürg-
45 schaften, Krediten und Finanzhilfen für die Banken bereitgestellt. Eineinhalb Jahre
46 später laufen die Geschäfte bei vielen Hedgefonds wieder auf Hochtouren und es
47 werden Milliardenboni ausgezahlt. Die Deutsche Bank feiert Riesengewinne und es
48 wird massiv gegen Griechenland und andere Länder spekuliert. Die kapitalistische
49 Wirtschafts- und Finanzkrise ist in ihre zweite Phase eingetreten.

1 Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt das Versagen des Kapitalismus und
2 das Scheitern seiner neoliberalen Heilsversprechen. Dennoch scheint es der herr-
3 schenden Politik zu gelingen, die Kosten der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung
4 abzuwälzen. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Die Krise ist nicht nur das
5 Resultat des Versagens von Managerinnen und Managern. Krisen sind ein integraler
6 Bestandteil des Kapitalismus. Sein Grundprinzip des Profitstrebens und der Ge-
7 winnmaximierung trägt die Krise in sich. Die neoliberale Politik von CDU, SPD, FDP
8 und Grünen hat die Krise noch verschärft: Durch die Steuergeschenke an Reiche
9 und Unternehmen haben sie die riesige Menge des spekulativen Kapitals noch weiter
10 erhöht. Beschränkungen der Finanzmärkte haben sie abgeschafft und neue hoch-
11 riskante Spekulationsmöglichkeiten zugelassen. Durch Sozialkürzungen, die Auf-
12 hebung von Arbeitnehmerrechten und den Druck auf das Lohnniveau, der unter
13 anderem durch Hartz IV ausgelöst wurde, haben sie die Massenkaufkraft und damit
14 die Binnennachfrage geschwächt.

15 Ein nachhaltiger Weg aus der Krise geht nur über einen grundlegenden Politik-
16 wechsel für soziale Gerechtigkeit. Dafür kämpfen wir, ohne Wenn und Aber!

17
18 In den letzten Jahren erschien der entfesselte Kapitalismus vielen als alternativlos.
19 Doch die Krise bietet auch die Chance, ein Fenster aufzustoßen, um Alternativen für
20 eine demokratische und solidarische Gesellschaft zu entwickeln. Wir wollen den
21 Kampf im Hier und Jetzt für die Verbesserung der Lebensbedingungen der
22 Menschen mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft verbinden. Gleich-
23 wohl bergen Krisen zugleich die Gefahr eines Rechtsrucks. Der Aufstieg rechts-
24 populistischer und neofaschistischer Parteien in Europa ist uns eine Warnung. Einer
25 solchen Stimmungsmache treten wir entschlossen entgegen. Gegen Rassismus,
26 Hetze auf Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und Minderheiten setzen wir
27 das Prinzip der Solidarität, die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren, aber
28 auch die Solidarität der Schwächeren untereinander.

29

30 **Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten**

31 Wir sagen: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Notwendig ist eine strenge Regulierung
32 der Finanzmärkte, einerseits um die Banken und Profiteure der Finanzmarkt-
33 spekulationen zur Kasse zu bitten; andererseits um künftige Finanzkrisen zu ver-
34 meiden. Wir brauchen eine Bankenabgabe, die ihren Namen verdient, eine Finanz-
35 transaktionssteuer und eine Millionärsteuer. Banken und Versicherungen gehören in
36 gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle, damit sie ihre ur-
37 sprünglichen Funktionen wieder aufnehmen. Die Umverteilung von unten nach oben
38 muss endlich umgekehrt werden. Weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei
39 den Renten und zunehmende Belastungen im Gesundheitswesen werden wir nicht
40 hinnehmen. Das Verbot von Leiharbeit, die Einführung eines gesetzlichen Mindest-
41 lohns von 10 Euro, die Abschaffung von Hartz IV sowie bis dahin eine Erhöhung des
42 Eckregelsatzes von Hartz IV auf 500 Euro und die Einführung einer solidarischen
43 Bürgerversicherung sind das Gebot der Stunde. Die Menschen in diesem Land
44 brauchen keine Haushaltssanierung durch Sozialabbau, sondern eine wirksame
45 „Haushaltskonsolidierung“ durch eine systematische Steigerung der Einnahmeseite
46 der öffentlichen Hand.

47 Die Bundespräsidentenwahl hat erneut gezeigt, dass SPD und Grüne momentan
48 nicht für einen grundlegenden Politikwechsel zur Verfügung stehen. Mit ihren rein
49 machttaktischen Manövern stoßen sie Menschen vor den Kopf, die dringend eine
50 Verbesserung ihrer Lage erhoffen. An machttaktischen Manövern beteiligen wir uns
51 nicht. Es geht uns um einen grundlegenden Politikwechsel. Damit steht und fällt

1 unsere politische Berechtigung und Glaubwürdigkeit. Oft wird behauptet, DIE LINKE
2 sei nicht regierungsfähig. Das Gegenteil ist der Fall: Solange SPD und Grüne sich
3 von ihrer Agenda- und Kriegspolitik nicht verabschieden, sind sie es, die regierungs-
4 unfähig sind. Ein Politikwechsel in Hessen, im Saarland, in Thüringen und in Nord-
5 rhein-Westfalen sind nicht an der LINKEN gescheitert. Wir kämpfen um gesellschaft-
6 liche Mehrheiten, um auf deren Grundlage nach Möglichkeit auch mit parlamentari-
7 schen Mehrheiten einen Politikwechsel für Frieden und soziale Gerechtigkeit durch-
8 zusetzen. In Hessen ist der rot-grüne Koalitionsvertrag, der leider nicht zum Einsatz
9 kam, ein Beweis dafür, was im Falle einer Tolerierung der LINKEN möglich wäre:
10 Stopp von Sozial- und Stellenabbau, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Um-
11 wandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherte, tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse
12 sowie längeres gemeinsames Lernen und eine ökologische Wende in der Energie-
13 politik. Bereits auf dem Weg dahin hatte die Mehrheit links von der CDU nach dem
14 außerparlamentarischen Druck der Studierenden die Studiengebühren abgeschafft.

15
16 Wir werden uns auf der Straße und in den Parlamenten weiter dagegen wehren,
17 dass die Krisenfolgen auf die Schwächeren der Gesellschaft abgewälzt werden. Wir
18 werden gemeinsam mit den Betroffenen, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen
19 und Bürgerinitiativen diesen Widerstand organisieren. Die Demonstrationen mit über
20 40.000 Menschen in Stuttgart und Berlin am 12. Juni können nur ein Auftakt ge-
21 wesen sein.

22 DIE LINKE wird für einen heißen Herbst als Antwort auf die soziale Kälte kämpfen.
23 Wir begrüßen und unterstützen die geplanten Aktivitäten von Gewerkschaften und
24 sozialen Bewegungen im Herbst dieses Jahres.

25

26 **II. Kahlschlag in den Kommunen**

27 Die Folgen der Umverteilungspolitik werden insbesondere in den Kommunen sicht-
28 bar. Seit Jahren werden die kommunalen Kassen ausgeblutet, ganze Städte stehen
29 vor der Pleite. Schon jetzt führen die massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuern
30 wie auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Finanzmittel durch das Land
31 Hessen zu spürbaren Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen
32 der Landkreise und Gemeinden. In den kommenden Jahren drohen durch diesen
33 Finanzkollaps unübersehbare Folgen für die kommunale Selbstverwaltung: Eine
34 Reduzierung der kommunalen Aufgaben auf ihre Pflichtaufgaben ist zu befürchten.
35 Für die aktive Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens in den Städten und
36 Gemeinden wird es dann keinen Spielraum mehr geben.

37 Schon jetzt können viele grundlegende Aufgaben nicht mehr wahrgenommen
38 werden. Kinderbetreuung, attraktiver Personennahverkehr, ökologische Projekte,
39 Bibliotheken, Museen und Theater, Jugendprojekte oder Jugendzentren, Sport-
40 stätten, Schwimmbäder, soziale, gesundheitliche und kulturelle Einrichtungen drohen
41 unter den Hammer zu geraten. Alternativ wird die Gebührenschaube angezogen,
42 wodurch der Anspruch auf öffentliche Leistungen vom Geldbeutel der Bürgerinnen
43 und Bürger abhängig gemacht wird.: Wer kein Geld für teure Bibliotheksgebühren
44 hat, muss künftig auf das Lesen von Büchern verzichten. Öffentliche Einrichtungen,
45 wie Krankenhäuser oder Altenpflege stehen zum Ausverkauf, die Beschäftigten
46 werden unter Druck gesetzt. Die Kommunen sind die Leidtragenden der Finanz- und
47 Wirtschaftskrise, der Steuerpolitik, die Reiche begünstigt und die Mehrzahl der
48 Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet. Gesetze der schwarz-gelben Koalition ent-
49 ziehen den Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 3,6 Mrd. Euro. In
50 Hessen plant die Landesregierung zudem, im nächsten Jahr 360 Mio. Euro aus dem
51 kommunalen Finanzausgleich zu streichen. Die Steuerpolitik der Bundesregierungen

1 seit 1998 hat dazu geführt, dass dem Land Hessen jährlich 2 Mrd. Euro und den
2 hessischen Kommunen noch einmal zusätzlich jährlich 800 Mio. Euro fehlen.
3 Die kommunalen Spitzenverbände protestieren gegen diese Austrocknungspolitik.
4 Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beschwerten sich über die Finanz-
5 situation ihrer Städte und Gemeinden. Wir begrüßen diesen Protest. Gleichzeitig
6 geben sie den Druck nach unten weiter und sind Mitglieder derjenigen Parteien, die
7 für diese kommunale Finanznot verantwortlich sind. CDU, SPD, FDP und Grüne: Alle
8 waren in den letzten Jahren in der Bundesregierung an dieser Umverteilungspolitik
9 beteiligt. DIE LINKE hat diese Entwicklungen stets kritisiert und ihre Alternativen für
10 soziale Gerechtigkeit entgegengehalten.

11

12 **Für eine solidarische Kommunalpolitik von Unten**

13 Die Kommunen sind der Ort, wo wir leben, lieben, wo wir arbeiten und unsere Frei-
14 zeit verbringen. Hier werden einerseits die Folgen der verfehlten Politik der letzten
15 Jahre, die Spaltung in arm und reich, in oben und unten, besonders erfahrbar und für
16 jeden spürbar. Andererseits können unsere Städte und Gemeinden Keimzellen für
17 alternative gesellschaftliche Mehrheiten und für eine solidarische Lebensweise sein.
18 Vor Ort und im Kontakt mit den Menschen, in den Vereinen, Bürgerinnen- und Bür-
19 gerversammlungen, in den Stadtteilen, auf den Gassen, Straßen und Plätzen sowie
20 im direkten Lebensumfeld gilt es, Menschen für einen grundlegenden Richtungs-
21 wechsel zu gewinnen und zu mobilisieren. Hier nehmen wir den Kampf für soziale
22 Gerechtigkeit und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung auf.
23 Hier streiten wir für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und
24 weiterer kommunaler Dienstleistungen. Hier stellen wir die Eigentumsfrage, wenden
25 uns entschieden gegen Privatisierungen und setzen uns für die Re-
26 Kommunalisierung insbesondere der Energieversorgung ein. Wir werden nicht müde,
27 auch vor Ort die ungerechte Steuerpolitik zu thematisieren und eine sozial gerechte
28 Steuerpolitik als Grundlage für leistungs- und handlungsfähige Kommunen einzu-
29 fordern. Hier stellen wir uns faschistischen und rassistischen Bestrebungen
30 konsequent in den Weg und treten für die soziale und politische Gleichstellung aller
31 Einwohnerinnen und -einwohner, unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Her-
32 kunft oder sexueller Orientierung ein. Hier erheben wir unsere Stimme für ein Um-
33 steuern auf eine sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung, die Mobilität für Alle
34 mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen verbindet.

35 Als „Sachzwänge“ verkleidete Vorgaben des kapitalistischen Wirtschaftssystems
36 werden wir nicht akzeptieren. Auch wenn wir wissen, dass sehr viele Rahmen-
37 bedingungen auf der Bundesebene gesetzt werden, legen wir auch vor Ort den
38 Finger in die Wunde der kapitalistischen Verwertungslogik und bringen unsere
39 konkreten Alternativen aktiv in die örtlichen Debatten ein. Auch wenn uns bewusst
40 ist, dass die sozialen Probleme der Menschen nicht allein in einer Kommune gelöst
41 werden können, werden wir Vorschläge für eine soziale und gerechte Politik vor Ort
42 entwickeln, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

43 Auch auf kommunaler Ebene gilt: DIE LINKE wird sich an keiner Koalition in Magist-
44 rat, Kreis- oder Gemeindeausschuss beteiligen oder sie unterstützen, die Privatisie-
45 rungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter voran treibt oder einen weiteren Abbau
46 der demokratischen Rechte vornimmt. Eine Politik, die aufgrund der kommunalen
47 Finanznot entweder das Schwimmbad oder das Theater schließen, die Gebühren für
48 die Bürgerinnen und Bürger erhöhen oder die Löhne der kommunalen Beschäftigten
49 kürzen will, findet unsererseits nicht nur keine Unterstützung, sondern entschiedene
50 Opposition.

1 Wir kämpfen für gleiche Rechte, für alle hier lebenden Menschen. Die Wahlen zu den
2 Ausländerbeiräten am 7. November 2010 werden wir unterstützen, indem wir ge-
3 meinsam mit anderen Linken auf internationalistischen Listen antreten oder Listen
4 der LINKEN aufbauen.

5 Bei der Kommunalwahl 2006 zogen mehr als 150 linke Kommunalpolitikerinnen und -
6 politiker in über 30 Städten und Gemeinden sowie in 20 Landkreisen in die
7 kommunalen Parlamente ein. Zu dem Zeitpunkt noch nicht in einer Partei vereint,
8 kandidierten PDS und WASG gemeinsam mit vielen anderen Linken und legten
9 damit einen wichtigen Grundstein für die erfolgreiche Parteigründung zur LINKEN.

10 Wir wollen die seitdem gewachsene Bedeutung der LINKEN bei der Kommunalwahl
11 2011 sichtbar machen. Unser Ziel ist es, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen
12 anzutreten. Wir streben eine erhebliche Erhöhung unserer Mandate an und laden
13 Aktive aus Gewerkschaften, Initiativen, Verbänden und sozialen Bewegungen zu ei-
14 ner Kandidatur auf unseren Listen ein.

15 Wir werden, wo immer es möglich und sinnvoll ist, mit eigenen Kandidatinnen und
16 Kandidaten zu Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen antreten, um auch in
17 diesem Rahmen unseren politischen Alternativen in den Städten und Gemeinden ein
18 Gesicht zu geben.

19 Wir werden die Kommunalwahl dafür nutzen, die Organisationsstruktur der LINKEN
20 zu stärken, neue Mitglieder zu gewinnen und weitere Ortsverbände aufzubauen.

21 Für uns gilt es, die Menschen für unsere Alternativen für Solidarität und soziale Ge-
22 rechtigkeit auch vor Ort zu gewinnen.

23

24 **III. Neue „Operation düstere Zukunft“ in Hessen**

25 Dass Roland Koch endlich gegangen ist, ist gut so. Doch das System Koch bleibt.
26 Dieses System ist untrennbar mit einer brutalstmöglichen Politik, mit rassistischen
27 Wahlkämpfen, schwarzen Kassen, Täuschung und Vertuschung verbunden. Wir
28 machen uns keine Illusionen, sein Nachfolger Volker Bouffier ist ein enger Vertrauter
29 Kochs und steht für eine hohe Kontinuität in der rechtskonservativen hessischen
30 CDU. Mit ihm gibt es keinen personellen, schon gar keinen politischen Neuanfang.

31 Die schwarz-gelbe Landesregierung kürzt nicht nur bei den Kommunen. Für den
32 scheidenden Ministerpräsidenten gibt es beim „Sparen keine Tabus“. Nach der so-
33 genannten „Operation sichere Zukunft“, bei der die Landesregierung im Jahr 2004
34 eine Milliarde Euro im Landeshaushalt gekürzt hat, insbesondere bei den Landes-
35 beschäftigten, sozialen Einrichtungen und bei den Studierenden, droht eine erneute
36 Kürzungssorgie, die wir eine neue „Operation düstere Zukunft“ nennen. Über 600 Mio.
37 Euro plant die Landesregierung im Landeshaushalt einzusparen. Stellen in der
38 Landesverwaltung sollen gestrichen, im Bereich der Schulen und Hochschulen sollen
39 Millionen gekürzt werden. Arbeits- und Amtsgerichte werden geschlossen. Im glei-
40 chen Atemzug wird die Wiesbadener European Business School mit 50 Mio. Euro
41 vom Land und von der Stadt Wiesbaden gefördert: Millionen für die Elite bedeuten
42 Mittelkürzungen für die Mehrheit der Studierenden.

43 Als wäre dies noch nicht genug, plant die schwarz-gelbe Koalition eine Schulden-
44 bremsen in die Hessische Verfassung aufzunehmen. Es ist geradezu zynisch, dass
45 die Regierung am Tag der Kommunalwahl über die Schuldenbremse in der Landes-
46 verfassung abstimmen lassen will. Schließlich sind die Kommunen schon jetzt am
47 Rande des Ruins, weil die Landesregierung auf ihre Kosten die Steuersenkungen
48 der letzten Jahre finanziert. Dies wird sich verschärfen, wenn das Land keine neuen
49 Kredite mehr aufnehmen darf. Wir werden die Zeit bis zu den Kommunalwahlen da-
50 für nutzen, um deutlich zu machen: Wer Schuldenbremse sagt, meint letztlich Steu-
51 ersenkungen und Sozialabbau. Auch in Hessen wird sich DIE LINKE dafür stark ma-

1 chen, die öffentlichen Haushalte langfristig zu stabilisieren. Dafür brauchen wir keine
2 Schuldenbremse, sondern eine Steuersenkungsbremse.

3 2004 haben auf der seit Jahren größten hessischen Demonstration Zehntausende in
4 Wiesbaden gegen das unsoziale Verarmungs- und Kürzungsprogramm der Landes-
5 regierung demonstriert. Hieran müssen wir anknüpfen. DIE LINKE steht an der Seite
6 derjenigen, die sich gegen die neuerliche „Operation düstere Zukunft“ wenden und
7 wird aktiver Teil des Widerstands gegen den hessischen Sozialkahl Schlag sein.

8 Und: Es formiert sich eine neue Anti-AKW-Bewegung. Es gibt in der Bevölkerung
9 eine deutliche Mehrheit gegen Atomkraft und gegen die Laufzeitverlängerungen.
10 Diesen Atomdissens haben im Frühjahr zehntausende Menschen – auch in Biblis –
11 auf die Straße getragen. Auch hier ist DIE LINKE aktiver Bestandteil, auch um immer
12 wieder zu verdeutlichen, dass die Atomkraft in Deutschland längst Geschichte sein
13 könnte, wenn SPD und Grüne während ihrer Regierungszeit konsequent gewesen
14 wären, statt ein Abkommen mit den Energiekonzernen zu schließen, das das Papier
15 nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht.

16 17 **IV. DIE LINKE Hessen in Bewegung: Für einen heißen Herbst**

18 Als Teil des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Be-
19 völkerungsmehrheit werden wir in den Kreisverbänden öffentliche Veranstaltungen
20 und Protestaktionen vor Symbolen und Akteuren des finanzmarktgetriebenen
21 Kapitalismus (z. B. Banken, Versicherungen, Börse oder EZB) organisieren. Wo
22 immer sich Belegschaften gegen Betriebsschließungen oder Lohnkürzungen wehren,
23 wo Erwerbslose sich gegen weitere Unzumutbarkeiten auflehnen, wo sich
24 kommunale Initiativen gegen die Zerschlagung öffentlicher Einrichtungen wenden,
25 werden wir aktiv sein.

26 Schwarz-Gelb macht krank: Wir werden unsere Kampagne zur Gesundheitspolitik
27 weiterführen. Der gesundheitspolitische Kahl Schlag von CDU und FDP trifft auf breite
28 Ablehnung durch Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Organisationen, das
29 globalisierungskritische Netzwerk attac, aber auch durch SPD und Grüne. DIE LINKE
30 ist die einzige Partei, die mit der Forderung nach einer echten Bürgerversicherung für
31 eine radikale solidarische Alternative auch zum bestehenden Gesundheitssystem
32 eintritt. Wir wollen eine Solidarische Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle
33 Beiträge einzahlen, zu deren Berechnung alle Einkünfte, auch die aus Spekulationen,
34 ohne Bemessungsgrenze herangezogen werden. DIE LINKE wird sich an
35 Bündnissen gegen den gesundheitspolitischen Kahl Schlag beteiligen. Wir werden
36 offensiv für unsere Alternative einer Solidarischen Bürgerversicherung werben.

37 Wir werden im Herbst eine Kampagne gegen die drohende Kürzungssorgie organisie-
38 ren, auch um für ein NEIN bei der bevorstehenden Abstimmung über die Ver-
39 ankerung der „Kreditbremse“ in der hessischen Verfassung zu werben. Deutschland
40 und Hessen haben weniger ein Ausgabenproblem, sie haben ein Einnahmeproblem.
41 Deshalb weisen wir das wachswichtige Argument entschieden zurück, dass Sozial-
42 kürzungen in Ordnung sind, wenn auch bei den Reichen – natürlich nur ein bisschen
43 – gekürzt wird. Wir halten dagegen: Sozialkürzungen sind völlig überflüssig, wenn
44 Reiche und Unternehmen angemessen besteuert werden:

45 Durch mehrfache Steuerreformen hat der Staat seine Einnahmen in der Vergangen-
46 heit massiv verringert: Unter anderem wurde der Höchstsatz der Einkommensteuer
47 von 53 auf 42 Prozent gesenkt, die Gewinnsteuer der AGs und GmbHs von 40 auf
48 15 Prozent. Die Vermögensteuer wird schon seit 1997 nicht mehr erhoben. Von der
49 Streichung der Vermögensteuer, der mehrfachen Senkung von Spitzensteuersatz
50 und Unternehmensbesteuerung, der Reduzierung der Erbschaftssteuer bis hin zu
51 den aktuellen Steuersenkungen für Hoteliers reichen die "Reformen". Vor allem Ver-

1 mögende, Bezieher hoher Einkommen und Unternehmen haben davon profitiert. Alle
2 Steuerreformen seit 1998 zusammengerechnet haben in den letzten zehn Jahren zu
3 Einnahmeausfällen beim Staat von insgesamt fast 340 Milliarden Euro geführt. Über
4 30 Milliarden Euro davon haben die Gemeinden zu verkraften.

5 Wir werden die Partei weiter aufbauen. Noch immer haben wir zu wenig Mitglieder.
6 Um die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern, brauchen wir eine deutlich stärkere
7 Verankerung in der Bevölkerung. Bei all unseren Aktivitäten werden wir ins-
8 besondere darauf achten, potentielle Neumitglieder anzusprechen und unsere vor-
9 handenen Mitglieder aktiv in die politischen Aktionen einzubeziehen – dies gelingt
10 bisher nicht immer. Neben rechtzeitigen Ankündigungen und Bewerbungen sind in
11 Flächenkreisverbänden häufig auch Anfahrsprobleme zu lösen, um eine breite Teil-
12 nahme zu ermöglichen. Die im Frühjahr aufgenommene und im Herbst fortzu-
13 führende Veranstaltungsreihe „Was will DIE LINKE?“ zeigt einerseits, dass viele Men-
14 schen in Hessen mit uns diskutieren und zusammen arbeiten wollen. Andererseits
15 erreichen wir über solche konventionellen Veranstaltungen längst nicht alle
16 Menschen, die an unserer Politik interessiert sind. Hier müssen wir Politikformen
17 entwickeln, die uns direkt mit den Menschen in Kontakt bringen. Unser Augenmerk
18 liegt auf der Einbindung von Neumitgliedern. Auf der Ebene der Kreisverbände
19 müssen entsprechende Angebote entwickelt werden. Ein hessenweites Neumit-
20 gliedertreffen mit Besuch der Landesgeschäftsstelle und des Landtags in Wiesbaden
21 könnte ein weiterer Anknüpfungspunkt sein.

22 Eine zentrale Aufgabe des Landesverbands ist die Führung der Programmdebatte.
23 Neben den zahlreichen Veranstaltungen auf Kreisebene, werden wir einen Pro-
24 grammkonvent zusammen mit den Landesverbänden Niedersachsen, Sachsen-
25 Anhalt und Nordrhein-Westfalen organisieren. Wir müssen die Programmdebatte so
26 führen, dass möglichst viele GenossInnen daran teilnehmen und sich mit inhaltlichen
27 Vorschlägen und Ideen einbringen können. Die Programmdebatte bietet die Chance,
28 unseren Identitätsbildungsprozess fortzusetzen und mit produktiven Kontroversen
29 um das politische Profil der Partei zu verbinden.

30 In vielen Kreisverbänden wurden Frauenverantwortliche und -strukturen ins Leben
31 gerufen, frauenspezifische Veranstaltungen zur Kommunalpolitik haben statt-
32 gefunden. Das ist ein Erfolg, aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben, wenn wir
33 eine wirkliche Geschlechtergerechtigkeit in der Partei und die Emanzipation der
34 Frauen in der Gesellschaft erreichen wollen. Deshalb werden wir auf allen Ebenen
35 die Bildung von Frauenstrukturen fördern und unterstützen. Im März 2011 jährt sich
36 der internationale Frauentag zum 100. Mal. Dieses Jubiläum werden wir mit ent-
37 sprechenden Veranstaltungen und politischen Aktionen begleiten.

38 Es ist uns dank des Engagements des Landesschatzmeisters und der Kreisschatz-
39 meisterInnen gelungen, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen deutlich zu erhöhen.
40 Zur langfristigen Sicherung unserer Politik müssen wir jedoch weitere Anstrengungen
41 unternehmen. Das Ziel muss sein, dass die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen ne-
42 ben der staatlichen Parteienfinanzierung eine wichtige Säule bilden, um die Eigen-
43 ständigkeit der Partei zu gewährleisten: Anders als CDU, SPD, FDP und Grüne er-
44 halten wir keine Großspenden aus der Wirtschaft und das soll auch so bleiben.

45 Wir werden in Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung, der Rosa-
46 Luxemburg-Stiftung und dem Kommunalpolitischen Forum die politische Bildungs-
47 arbeit weiter intensivieren, um eine aktive Mitgliederpartei zu werden. Der Durch-
48 führung von Neumitgliederseminaren kommt für die Einbindung und Aktivierung von
49 Mitgliedern eine wichtige Bedeutung zu.

50 Wir werden nicht müde, vor den Betrieben und Arbeitsämtern, auf den Straßen und
51 in den Stadtteilen für Frieden und soziale Gerechtigkeit und für eine Wirtschafts- und

- 1 Gesellschaftsordnung zu kämpfen, in der die Interessen und Bedürfnisse der
- 2 Menschen und nicht das Profitstreben von Banken und Konzernen im Mittelpunkt
- 3 allen Handelns stehen.
- 4 **Die beste Antwort auf die soziale Kälte in diesem Land ist ein heißer Herbst.**

3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold

02 Landespolitik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
04-9	LAG Bildung	Leitlinien für eine Reform der beruflichen Bildung in Hessen	22
05-12	<i>Linksjugend[solid]Hessen</i>	Aufbau und Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren	28
06-17	Kreisverband Main-Kinzig	Biblis abschalten	29
07-18	Kreisverband Main-Kinzig	Übernahme der Schülerbeförderungskosten	30
08-21	Kreisverband Main-Kinzig	Aus-/Neubau der Bahnstrecke Hanau-Fulda	31
09-14	Kreisverband Limburg-Weilburg	Verbesserung im Datenschutz	32

Antrag 04-09**Antragsteller:** Landesarbeitsgemeinschaft Bildung**Antragsthema:** Leitlinien für eine Reform der beruflichen Bildung in Hessen**Antrag:**

Berufsbildung ist nicht nur die Grundlage für den Nachwuchs von Fachkräften und so unabdingbar für den Erhalt der Wirtschaftskraft unseres Landes, sie ist auch unverzichtbar für die psycho-soziale Entwicklung von Jugendlichen:

Sie eröffnet den Heranwachsenden einen Platz in der Gesellschaft, Selbstwertgefühl entsteht aus Wertschätzung der Mitmenschen für geleistete Dienste an der Gemeinschaft. Die duale Form der Berufsausbildung, die sich in den deutsch sprechenden Ländern historisch entwickelt hat, erwies sich in der Vergangenheit als Vorteil: Der Übergang von Schule in Beruf gestaltet sich in anderen Ländern weitaus schwieriger, die Jugendarbeitslosigkeit ist oftmals höher. Im gemeinsam verantworteten Projekt von Industrie und Staat, Betrieb und Schule erweist sich Kooperation als vorteilhaft: Der technische Fortschritt findet unmittelbar Eingang in die Ausbildung, Berufsfähigkeit wird auf der Grundlage beruflicher Erfahrung und systematisch-theoretischen Wissens erworben, der Anspruch des Individuums auf technische Grundbildung und Allgemeinbildung als Voraussetzung für lebenslanges Lernen ist gewahrt.

Deutschland gehört zu den führenden Export-Nationen der Welt. Deutschland ist zugleich das Land mit der größten Erfinderquote (Patente pro Kopf der Bevölkerung). Noch. Denn die herrschende Koalition aus Unternehmerverbänden und deren politisches Klientel überlassen das ansonsten viel gepriesene Konzept der Dualen Ausbildung der Auszehrung.

Folgende Indizien machen das deutlich:

1. Unterfinanzierung des gesamten Bildungssystems . Deutschland liegt unter den westlichen Industrieländern OECD mit 5, 5 % des BIP an hinterer Stelle bei den Ausgaben für Bildung. Dies betrifft direkt und indirekt auch die berufliche Bildung.
2. Das allgemeine Schulsystem erweist sich als ungeeignet für einen reibungslosen Eintritt in das Berufsleben. Rigide Auswahl und Konkurrenz bereits im 10. und erneut im 12. Lebensjahr lassen einen großen Teil der Jugendlichen in einer Rest-Schule mit schwindenden Perspektiven. Statt zu fördern wird selektiert. Nächste untere Schulformen in der Bildungshierarchie werden so zum Auffangbecken von zu „Schulversagern“, stigmatisierten Jugendlichen - mit allen damit einhergehenden psycho-sozialen Belastungen.
3. Neu entstehende Branchen mit vorwiegend neuen Technologien (IT-Berufe, erneuerbare Energien) haben bis jetzt kaum Anschluss an das duale System gefunden. Besonders in der Industrie mit traditionell guten Ausbildungsmöglichkeiten nimmt die Bereitschaft auszubilden stetig ab.
Ein großer Teil der Jugendlichen wird nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht von der Möglichkeit einer Berufsausbildung ausgeschlossen.
Jedes Jahr verbleiben mehr als hunderttausend Bewerber ohne Ausbildungsplatz. 2009 ist das Angebot von Ausbildungsplätzen erneut um 8 % (West) bzw. 13 % (Ost) gesunken.. Ca. 15 % aller Jugendlichen im Alter von 20 bis 29 Jahren (1 ½ Millionen) haben mittlerweile keinen Berufsabschluss.
4. Die Beruflichen Schulen büßen ihre ursprüngliche Funktion ein, Jugendliche berufsqualifizierend zu bilden. In den Schulformen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsgrundschuljahr (BGJ), Berufsfachschule

(BFS) drängeln sich Jugendliche ohne Perspektive und Motivation und drehen Warteschleifen in der (meist vergeblichen) Hoffnung auf eine Ausbildungsstelle. Rund 1/2 Million der Jugendlichen eines Jahrgangs, das heißt ca. 40 % aller Schüler an Beruflichen Schulen, befinden sich im sogenannten „Übergangssystem“ (1995 noch 31,9 %). Selbst die Fachoberschule

(FOS) – ursprünglich als Berufsaufbauschule für Facharbeiter zum Erwerb der Hochschulreife geplant – ist zu einer Ausbildungs-Ersatz-Schulform mutiert und wird den Anforderungen für eine weiterführende akademische Bildung nicht mehr gerecht; ihre Absolventen konkurrieren mit den Hauptschülern um die wenigen Ausbildungsplätze. Der durchschnittliche biographische Beginn einer Ausbildung ist mittlerweile auf 20 Jahre geklettert (1970: 16,5 Jahre) .

Jahre verschleuderter Lebenszeit, Demotivierung, Verschwendung von Ressourcen

5. Schul – und Berufserfolg ist in Deutschland stark herkunftsbestimmt:

Die soziale Stellung der Eltern bestimmen den Bildungserfolg der Kinder. 90 % der Studierenden an Hochschulen kommen in Deutschland aus den sog.

bildungsbürgerlichen Schichten , dagegen bleiben 33 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne jeglichen Berufsabschluss.

6. Im selben Maße wie das allgemeine Schulsystem erweist sich auch die berufliche Ausbildung als undurchlässig – mit steigender Tendenz. Immer schwieriger gestalten sich für Jugendliche mit Berufsabschluss die Möglichkeiten, auf dem „Zweiten Bildungsweg“ ihr Ziel zu erreichen. Der Aufstieg zu höheren Bildungsabschlüssen oder der Anschluss eines Hochschulstudiums bleibt den Jugendlichen in der Praxis verwehrt – Berufsausbildung erweist sich als Sackgasse.

7. Die Antwort neoliberaler Bildungsplaner (als „angelsächsisches Modell“ vertreten insbesondere durch Weltbank und die Europäische Union) ist nicht Integration dieser Jugendlichen, sondern Atomisierung in einem deregulierten Ausbildungsmarkt. Unter Begriffen wie Flexibilisierung, Modularisierung der Lerninhalte und Selbstverantwortung sollte sich der Staat seiner Verantwortung entledigen und das Geschäft internationalen Bildungsanbietern überlassen.

Fazit:

Das berufliche Bildungswesen gründet sich auf einem höchst defizitären allgemeinen Schulsystem. Trotz des in der Vergangenheit bewährten kooperativen dualen Systems scheidet es zunehmend, der Mehrzahl der Jugendlichen eine sichere berufliche Perspektive anzubieten und Industrie und Handwerk mit motivierten und hoch qualifizierten Facharbeitern zu versorgen.

Wir fordern: Umsteuern in der Berufsbildung! Anpassung des Beruflichen Bildungssystems an die modernen Arbeits- und Lebensbedingungen unter Berücksichtigung der psychischen und sozialen Bedürfnisse der Jugendlichen..

Das heißt für uns Linke im Einzelnen:

1. Freie Wahl des Berufes – ein Recht auf Ausbildung

Freie Wahl des Berufes schließt ein, dass die Jugendlichen eine reale Chance haben, einen Beruf zu ergreifen, der hohen Qualitätsanforderungen gerecht wird, d. h. zukunftsfähig ist und den Neigungen der Heranwachsenden entgegenkommt. Das funktioniert nur, wenn deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt werden . Wir fordern ein im Grundgesetz verbrieftes Recht jedes Jugendlichen auf Ausbildung.

2. Gerechte Verteilung der Kosten: eine solidarische Ausbildungsfinanzierung

Es geht nicht an, dass von Jahr zu Jahr mehr als hunderttausend Ausbildungsplätze fehlen. Jeder einzelne fehlende Platz kennzeichnet ein individuelles Schicksal. Die Erfüllung von langfristigen Lebensperspektiven darf nicht von dem Auf und Ab kapitalistischer Konjunkturzyklen abhängig sein, Wirtschaftskrisen dürfen nicht auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen werden. Nur rund 20 % aller Betriebe bilden noch aus – doch alle Betriebe profitieren davon. Wir fordern Solidarität aller Vorteilsnehmer der qualifizierten Arbeitskraft: Alle nicht ausbildende Betriebe zahlen je nach ihrer Ertragskraft in einen Fond, aus dem ausbildende Firmen, vollschulische Ausbildung in Berufsschulen und überbetriebliche Institutionen gefördert werden.

3. Verantwortlichkeit und Qualität der Ausbildung

Das duale System muss erhalten aber reformiert werden. Duale Berufsausbildung bedeutet praktisch und theoretisch vermittelte breite Grundbildung und systematischen Aufbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten nach Maßgabe eines Berufsbildes, das von den Sozialpartnern und von demokratisch legitimierten Einrichtungen gemeinsam verantwortet wird. Damit Berufsbildung den veränderten technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen gerecht wird, fordern wir:

a. Reform der Ausbildungspläne: Umfassende berufliche, soziale und persönliche Kompetenz ist die Voraussetzung zum lebenslangen Lernen. Ziel der Ausbildung ist die unmittelbare Beschäftigungsfähigkeit, Durchlässigkeit zu gehobenen Bildungsabschlüssen (Zweiter Bildungsweg) und eine Gleichstellung zu entsprechenden schulisch erworbenen Abschlüssen im europäischen Kontext (EQR – Europäischer Qualifikationsrahmen).

Methodisch-fachwissenschaftliche Kenntnisse, Technikfolgenabschätzung und allgemeinbildende Inhalte müssen in diesem Zusammenhang eine größere Gewichtung bekommen. Eine reflexionslose Anpassung an den „Ablauf von Geschäftsprozessen“ bedeutet lediglich Verdoppelung der betrieblichen Erfahrung und wird diesem Anliegen nicht gerecht. In den Betrieben werden die neuen auf den „Ablauf von Geschäftsprozessen“ orientierten Ausbildungsinhalte immer häufiger dazu benutzt, ausbildungsfremde Tätigkeiten zu legitimieren. Dagegen fordern wir, dass die personellen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden, um in einem handlungsorientierten Unterricht und in Kooperation mit dem Lernort Betrieb Theorie und Praxis sinnvoll zu verzahnen.

b. Die große Zahl der Berufsbilder, nach denen ausgebildet wird, erweist sich als disfunktional in einer dynamischen wissensorientierten Gesellschaft, in der sich technische Inhalte schnell ändern. Das berufliche Spektrum soll auf wenige (europäische) Kernberufe reduziert werden. Solche Kernberufe zeichnen sich aus durch festgeschriebene, einheitliche und länderübergreifende Qualifikationen, die für ein breites Beschäftigungsfeld relevant sind. Dies erleichtert die Erfüllung des Bildungsauftrags für Berufsschulen in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen (Erhalt von Fachklassen); die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und damit die Mobilität der Fachkräfte innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union

c. Im Gegensatz zu aktuellen Bestrebungen, die Berufsausbildung nach Modulen zu organisieren, die beliebig auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt erworben werden können und keinerlei didaktischer Hierarchisierung unterliegen, bestehen wir auf einer mindestens dreijährigen dualen Berufsausbildung mit einer Berufsabschlussprüfung. Weitergehendes Ziel bleibt eine Berufsabschlussprüfung, die paritätisch

unter gemeinsamer Verantwortung der Betriebe (Kammern, Gewerkschaften) und staatlicher Aufsicht durchgeführt und verantwortet wird.

Für die berufliche Beschäftigungsfähigkeit werden in europäischen Ländern vermehrt Zertifikate für bestimmte Tätigkeiten gefordert. Sofern die deutsche duale Ausbildung diese Kompetenzen abbildet, sollten diese auch nach Vorlage des Berufsabschlusszeugnisses anerkannt und ggf. zertifiziert werden.

4. Die Lernorte der beruflichen Bildung

a. Der Betrieb als Ort der praktischen Ausbildung

Der Auszubildende eignet sich hier unter Marktbedingungen - aber im tariflich abgesicherten und durch das Jugendarbeitsschutzgesetz geschützten Rahmen - die geforderten praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten an. Um eine vergleichbare Qualität zu gewährleisten, fordern wir eine regelmäßige Offenlegung, ob vom jeweiligen Ausbildungsbetrieb die nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Ausbildungsinhalte angeboten werden können.

Um Lerndefizite in extrem spezialisierten Betrieben auszugleichen, wird empfohlen, Ausbildungsverbände mit Betrieben ergänzender fachlicher Schwerpunktsetzung zu gründen.

Wir begrüßen die Wiedereinführung der Ausbildereignungsprüfung, die eine gleichmäßige Qualität der betrieblichen Ausbildung gewährleisten soll und fordern eine rasche praktische Umsetzung. Dazu gehört ein ausreichendes Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten für Meister und Techniker, um sich als Ausbilder zu qualifizieren..

b. Lernort Berufsschule

b1. Der Fachunterricht in der Berufsschule leidet unter der Theoretisierung der Lerninhalte, hier macht sich die Trennung der Lernorte negativ bemerkbar. Dieses Manko ist auszugleichen durch eine bessere materielle Ausstattung für den Labor-Unterricht. Konkurrierende Unterrichtung in der Berufsschule und in den Berufsbildungszentren ist kontraproduktiv. Die Werkstätten können gemeinsam genutzt werden, Ausbilder der Kammern und Lehrkräfte der beruflichen Schulen kooperieren im Lernangebot.

b2. Die vorherrschende Unterrichtsform soll der Projektunterricht sein. Es ist zu überprüfen, ob die Trennung zwischen Theorielehrer und Fachlehrer nicht zugunsten des „Instruktorprinzips“ aufgehoben werden kann.

Elektronisch gestütztes Lernen („E-Learning“) soll unterrichtsbegleitend und unterrichtsvertiefend genutzt werden; es darf keinesfalls persönliches systematisches Unterrichten durch qualifizierte und pädagogisch gebildete Lehrkräfte ersetzen.

b3. In das Berufsabschlusszeugnis („Facharbeiterbrief“) sollen die im Verlauf der betrieblichen Ausbildung und die in der Berufsschule erbrachten Leistungen obligatorisch eingehen. Zusätzlich sollen die im Laufe der Ausbildung erworbenen Zusatzqualifikationen (für eine spätere Hochschulbildung relevantes Wissen, Fremdsprachen, Spezialkenntnisse relevant für die berufliche Weiterbildung) im Zeugnis vermerkt sein.

b4. Angesichts des chronischen Lehrstellenmangels sollen Berufsschulen die Voraussetzungen erhalten, in bestimmten Berufen (nach § 43,2 BBiG) vollschulisch auszubilden. Dazu sollen entsprechende berufliche Fachschulen nach Bedarf eingerichtet werden. Die Berufsabschlussprüfung ist wie bei der herkömmlichen betrieblichen Ausbildung abzulegen.

Eine vollschulische Ausbildung wird mit den Betrieben der Region in Kooperation durchgeführt, um die nötige Betriebserfahrung der Auszubildenden sicherzustellen. Als Voraussetzung für die vollschulische Ausbildung an den Berufsschulen muss im Vorfeld durch den Gesetzgeber die Finanzierung durch eine Berufsbildungsumlage geregelt sein. Das kann regional oder branchenspezifisch geschehen (siehe Punkt 2).

Die Zahlung von Schulgebühren durch die Auszubildenden lehnt Die Linke ab.

b5. Die studienqualifizierenden Bildungsgänge der Berufsschule (wie Fachoberschule, berufliches Gymnasium) erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Möglichkeit eines Zweiten Bildungsweges für die Jugendlichen und für die Deckung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften und Ingenieuren. In der Stundentafel sind ausreichend Unterrichtsstunden für den fachwissenschaftlichen und allgemeinbildenden Unterricht vorzusehen. Durch Verbundsysteme, Zusatz- und Wahlpflichtangebote (z. B. Fremdsprachen) ist der Übergang zwischen den beruflichen Schulformen nach Berufsbildungsgesetz und den studienqualifizierenden Bildungsgängen zu fördern.

b6. Berufsgrundschuljahr und Berufsvorbereitungsjahr sind abzuschaffen.

b7. Um Schüler und Schülerinnen, die noch nicht über die nötige Berufsreife verfügen, sich noch nicht über ihren Berufswunsch im klaren sind oder sich umorientieren wollen, ist eine einjährige Produktionsschule einzurichten.

Diese neue Schulform baut auf dem 9. bzw. 10. Schuljahr auf, kann aber Praktika zur Berufsorientierung für Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I im Rahmen ihrer Möglichkeiten anbieten. Sie verzichtet auf formale Eingangsvoraussetzungen und erleichtert Übergänge zu parallelen beruflichen Schulformen. Ihr Ziel ist es, die Jugendlichen auf kreative Weise mit den Anforderungen und den Vorteilen eines Berufes vertraut zu machen.

b8. Für Lehrkräfte an beruflichen Schulen ist ein schlüssiges fachliches und pädagogisches Fortbildungsangebot zu entwickeln. Nach fünf Jahren Unterrichtstätigkeit ist eine Rückkopplung an den neuesten Stand der Technik bzw. der Fachwissenschaft vonnöten. Dies soll durch ein halbjähriges Praktikum in einem Betrieb oder durch eine Fortbildung an der Hochschule in Vollzeit oder unterrichtsbegleitend möglich sein.

b9. Um das Wissenspotential der Lehrkräfte und die technische Ausrüstung an beruflichen Schulen zu nutzen und zugleich auf den wachsenden Bedarf an beruflicher Weiterbildung und Umschulung von Fachkräften im Handwerk und in der Industrie zu antworten, können von der Schule Fortbildungskurse angeboten werden. Diese Kurse dürfen nicht zu Lasten des allgemeinen Bildungsauftrags der beruflichen Schulen gehen oder konkurrierend zu

Bildungsanbietern auf dem „freien Markt“ angeboten werden .

Zu diesem Zweck kann das Land Hessen den Berufsschulen Deputatstunden bis max. 10 % der Gesamtstundenzahl der Schule für Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die Berufsschulen bieten diese Weiterbildungskurse im öffentlichen Auftrag an (z. B. ARGE). Kursgebühren können von den Teilnehmern nicht erhoben werden. Vorzugsweise kommen dabei Maßnahmen infrage, die eine Höherqualifizierung der Teilnehmer zum Ziel haben (z. B. Techniker- und Meisterkurse).

b10. Die Berufsschulen verbleiben in öffentlicher Hand. Einer Umwandlung in eine neue Rechtsform (Anstalt des öffentlichen Rechts, GmbH, Stiftung etc.) erteilen wir eine Absage. Bildung – auch und besonders berufliche Bildung - ist keine Ware, sondern ein Recht jeden Bürgers und bedarf der öffentlichen und demokratischen

Kontrolle. Dies ist die Voraussetzung, dass Begabungen im Höchstmaß gefördert werden und Lernschwache zu einer beruflichen Existenz geholfen wird. Berufsbildung in öffentlicher Hand ist der Garant für Bildungsgerechtigkeit und die Voraussetzung für den Wohlstand unseres Landes.

b11. Wir unterstützen die Forderung zu mehr Selbständigkeit. Wir verstehen darunter eine größere Eigenverantwortung in Aus- und Weiterbildung nach Erfordernissen des schulischen Umfeldes bzw. der Region, sowie eine verstärkte Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten und der Schulgemeinde. Das in Hessen laufende Pilotprojekt „Selbstverantwortung plus“ ist einem einjährigen Moratorium und einer anschließenden Neubewertung zu unterziehen. Dem Projekt liegt die erklärte Absicht zugrunde, die Berufs – und später auch allgemeinbildende Schulen - zu „selbständigen Wirtschaftsbetrieben“ umzuwandeln, die in einem deregulierten Bildungsmarkt untereinander konkurrieren. Dieses Programm dient als Einstieg in die Privatisierung beruflicher Schulen (siehe „Modell Hamburg“); es geht zu Lasten von Jugendlichen bildungsferner Schichten und vertieft die Probleme an sozialen Brennpunkten.

In einer von unabhängiger Seite durchgeführten Evaluation soll dargestellt werden, in welcher Weise das Projekt für die oben beschriebenen Defizite in der Qualität der Ausbildung, für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und für die psycho-soziale Stabilisierung der heranwachsenden Jugendlichen eine Lösung sein kann.

c. Überbetriebliche Ausbildung in freier Trägerschaft

Jugendliche, die aus Gründen der Herkunft (Migration) oder regional benachteiligt sind, können auch in Institutionen mit freier Trägerschaft (meist gemeinnützige Vereine) eine Ausbildung absolvieren. Die Träger müssen sich für die entsprechenden Programme der Geber (z. B. Bundesanstalt für

Arbeit) unter Konkurrenzbedingungen bewerben, wobei oft nur der Preis das ausschlaggebende Kriterium ist. Die Auftragnehmer unterliegen dem Zwang, Preise und Löhne zu drücken und sind nicht mehr imstande langfristig zu planen und qualifiziertes Personal vorzuhalten. Die Linke fordert auch hier:

Aufbau eines verlässlichen und qualitativ hochwertigen Verbundsystems zur beruflichen Bildung, das die Erfahrung und die Kompetenzen der Betriebe, Schulen und freien Träger berücksichtigt. Die Aufträge – sofern sie strukturpolitisch sinnvoll sind – dürfen an die Träger nur auf der Grundlage einer mittelfristigen Bildungsbedarfsplanung, transparenter Qualitätskriterien und funktionierender paritätischer Kontrollgremien vergeben werden.

Fazit:

Die Linkspartei setzt sich ein für eine breit angelegte Reform der Berufsbildung - auf der Grundlage einer Reform der vorausgehenden Allgemeinbildung („gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse“) und eines gesetzlich verankerten Rechts auf Ausbildung für alle Jugendliche. Die beteiligten Institutionen der Berufsausbildung sind in die Lage zu versetzen, den Jugendlichen eine qualitativ hochstehende Erstausbildung zu garantieren und ihren Verfassungsauftrag zu erfüllen, den Jugendlichen eine breite Allgemeinbildung zu vermitteln. Dies ist die Grundlage für eine sichere Lebens- und Zukunftsplanung - unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Es ist zugleich die Basis für lebenslanges Lernen in einer sich schnell verändernden Arbeitswelt sowie die Voraussetzung zur demokratischen Mitgestaltung der Arbeits- und Produktionsprozesse und des öffentlichen Lebens. Berufsbildung ist Grundrecht. Berufsschulen verbleiben in Öffentlicher Hand und damit unter demokratischer Kontrolle.

Antrag 05-12**Antragssteller:** *Linksjugend[/'solid]Hessen***Antragsthema:** Aufbau und Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren**Antrag:**

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Hessen möge beschließen:

„DIE LINKE Hessen setzt sich überall in Hessen für den Aufbau und den Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren ein. Sie fordert das Bundesland Hessen und dessen Kommunen dazu auf selbstverwaltete Räume für Jugendliche zur Verfügung zu stellen und diese finanziell zu unterstützen. DIE LINKE Hessen solidarisiert sich mit allen Initiativen, die dies zum Ziel haben.“

Begründung:

**In Erwägung, dass da Häuser stehen
während ihr uns ohne Bleibe lasst
haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
weil es uns in uns'ren Löchern nicht mehr passt**
(Resolution der Kommunarden – Bertolt Brecht)

Aachen, Mühlheim, Freiburg, Köln, Wuppertal, Berlin, Hamburg! All diese Städte verbindet etwas: Es existiert dort ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Diese Jugendzentren bieten vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen Freiräume um ihre Freizeit selbstbestimmt zu gestalten. Nur durch die Organisation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst kann ein Freizeitprogramm entworfen werden, welches den Bedürfnissen der Besucher_innen entspricht. In diesen Freiräumen kann das Lebensumfeld aktiv mitbestimmt werden.

Jugendliche und junge Erwachsene haben es in dieser Gesellschaft zunehmend schwerer, ihre Freizeit frei vom kapitalistischen Sachzwang – dem Besitz von ausreichend Taschengeld für z.B. Eintrittspreise in Kinotempel, Sporteinrichtungen und Discotheken oder Konsumzwang in Bars und Cafés – zu gestalten. Treffen von Jugendlichen im öffentlichen Raum, sind sie der Stadtverwaltung oft ein Dorn im Auge. Sie stören das angestrebte Stadtteilbild der konsumfördernden sterilen Ruhe und Ordnung. Durch Sperrzeiten und strenge Auflagen für öffentliche Anlagen will man diesem „Problem“ entgegenwirken. Ordnungsamt und Stadtpolizei sollen die Jugendlichen vertreiben. Unsere Gesellschaft zeigt ihnen: sie sind unerwünscht, wenn sie sich nicht am konformen Konsum beteiligen! Der Frust dieser Jugendlichen über ihre Perspektivlosigkeit und der Nichtakzeptanz unserer Gesellschaft steigt. Im schlimmsten Fall bilden sie Banden, fangen an ihren Frust mit Rauschmittel zu betäuben oder klauen, um sich wenigstens für kurze Zeit an der kapitalistischen Konsumgesellschaft beteiligen zu können. Es treibt sie nicht selten der blanke Frust und Neid auf diejenigen, denen dies ohne weiteres möglich ist. Gefährliche Parallelgesellschaften entwickeln sich, in denen Hass, Wut und Aggression an der Tagesordnung sind. Diesen und natürlich auch anderen Jugendlichen, den Kindern des Systems, gilt es Alternativen aufzuzeigen, sie aufzufangen und ihnen Raum zur Selbstverwirklichung zu bieten.

Selbstverwaltete Jugendzentren sind ein praktikabler Lösungsansatz und ermöglichen auch Menschen mit geringem Portmonee die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Zentren sind auch Anlaufpunkt für Sozialarbeiter_innen. Solche Zentren senken nachweislich massiv die Jugendkriminalitätsrate im entsprechenden Stadtteil. Dort kann sich jede_r bei der Organisation von Barabenden, Partys oder Konzerten einbringen und engagieren. Politischen Gruppen, wie z.B. antifaschistische Gruppen, Hartz4-Cafés oder Bildungsinitiativen, werden Räume geboten. Solche selbstverwalteten Jugendzentren sind von unschätzbarem Wert, da sie eine Alternative zur kapitalistischen Ellenbogengesellschaft bieten. Hier lernen Jugendliche und junge Erwachsene, was Selbstbestimmung und Teilhabe an einer Gemeinschaft bedeutet. Manch einer findet so Zugang zur politischen Teilhabe. Hier kann man sich frei entfalten, gesellschaftliche Mitverantwortung übernehmen und soziales Engagement kennen lernen. »Wir wissen selber, was zu tun ist, unser Kopf ist groß genug« wurde schon in den 1970er Jahren von der Band »Ton Steine Scherben« gesungen. An diesem Motto knüpfen selbstverwaltete Jugendzentren an. Dort zählt der Mensch und sein Engagement – nicht sein Geldbeutel.

Selbstverwaltete Jugendzentren sind ein antikapitalistischer Freiraum in unserer, von Geld und Armut geprägten, Gesellschaft. Selbstverwaltete Jugendzentren packen das Problem an der Wurzel und bekämpfen nicht nur Symptome durch repressive Politik wie „Sicherheit und Ordnung“.

Am 11. Juni diesen Jahres wollten ca. 40 Jugendliche in der Bergstraße den Traum eines selbstverwalteten Jugendzentrums Realität werden lassen. Sie besetzten am Abend in Bensheim eine seit Jahren leer stehende alte Kaserne. Eine noch am selben Abend stattfindende Party wurde bereits nach zwei Stunden von einigen dutzend Beamt_innen der Bensheimer Polizei beendet und das Gelände geräumt. Den Jugendlichen stehen nun Strafverfahren ins Haus! Und das alles nur, weil sie einen freien Ort für jede_n schaffen wollten?!

Genoss_innen, es ist längst überfällig. Viele Beispiele in ganz Deutschland zeigen: Selbstverwaltete Jugendzentren sind wichtig für Jugendliche – und hier in Hessen gibt es nicht einmal drei dieser Orte.

Für selbstverwaltete Jugendzentren in Bensheim, Hessen und überall!

Antrag 06-17

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Biblis abschalten

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Hessen ist Teil der Anti-Atom-Bewegung. Wir fordern die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, unter anderem Biblis. Ausserdem verurteilen wir das Einknicken der Bundesregierung sowie der hessischen Landesregierung vor der Atomlobby und lehnen eine Laufzeitverlängerung der Todestechnologie entschieden ab.

Begründung:

Die Atomindustrie und ihre Lobbyisten in den Parlamenten wollen die alten Atomkraftwerke länger laufen lassen und damit gut verdienen. "Die deutschen Kernkraftwerke sollen nach Plänen der schwarz-gelben Koalition bis zu 60 Jahre lang laufen dürfen. Die beteiligten Ministerien hätten sich darauf geeinigt, auch eine Verlängerung der Laufzeiten um 28 Jahre förmlich prüfen zu lassen" berichtete die Süddeutsche Zeitung am 26.3.2010.

Mit diesen Plänen wäre die mit der AKW-Nutzung verbundene Gefahr katastrophaler Unfälle weiter existent. In jedem AKW wird in einem Betriebsjahr pro Megawatt elektrischer Leistung die Radioaktivität einer Hiroshima-Bombe erzeugt. Die „Freisetzung“ nur eines kleinen Teils dieser Radioaktivität hätte verheerende Folgen für die betroffene Region. Große Landstriche müssten für lange Zeiträume evakuiert werden. Dies wäre eine menschliche und ökonomische Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes.

Bis heute ist weltweit eine sichere Endlagerung des Atommülls nicht vorhanden. Die AKW produzieren ununterbrochen atomaren Abfall, der nicht sicher entsorgt werden kann. Damit wird die Zukunft jetziger und künftiger Generation erheblich gefährdet.

Die Nutzung der Atomenergie in neuen und alten AKW ist eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Der Ausstieg aus dieser gefährlichen Technologie muss wie vereinbart erfolgen. Der Versuch der Atomindustrie und der Atomlobby den "Atomausstieg" zu Fall zu bringen ist mehr als ein Skandal.

Antrag 07-18

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Gymnasialer Bildungsgang – Übernahme der Schülerbeförderungskosten gemäß § 161 Hessisches Schulgesetz

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die LINKE Hessen fordert eine Änderung des genannten Gesetzes von der Hessischen Landesregierung. Die Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe müssen vom Land übernommen werden.

Begründung:

Weder die damalige CDU-Landesregierung, noch die heutige CDU-FDP-Regierung haben bisher Antworten auf die drängenden Fragen von G8 gegeben. Schüler mit G8-Bildungsgang werden vom Gesetzgeber gegenüber Realschülern benachteiligt, weil sie ein Jahr früher für den Bus zahlen müssen. Dies Problem macht deutlich, dass es dringend notwendig ist, die Fahrtkosten aller Schülerinnen und Schüler bis zum Abitur zu übernehmen. Die LINKE Hessen fordert deshalb die Übernahme der Schülerbeförderungskosten durch das Land auch für die Oberstufe.

Eine längere gemeinsame Schule bis zum 10. Schuljahr und zum Anderen die Übernahme der Fahrtkosten auch in der Oberstufe ist notwendig. Dies führt zu einer besseren Schule insgesamt und zu besseren Bildungschancen gerade von sozial schwächeren Kindern, wie internationale Studien belegen.

Antrag 08-21**Antragsteller:** Kreisverband Main Kinzig**Antragsthema:** Aus- / Neubau der Bahnstrecke Hanau-Fulda**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Hessen fordert einen baldigen Aus-/Neubau der Bahnstrecke Hanau – Fulda. Wir fordern einen ökologisch vertretbaren vierspurigen Ausbau mit umfassendem Schallschutz innerhalb und außerhalb von Ortschaften – und das schnellstmöglich. Jetzt gilt es erst recht und mit Nachdruck eine konzertierte Aktion gemeinsam zu starten und gegen diese Pläne massiven Einspruch zu erheben. Gemeinsame Aktionen der Betroffenen, aller Verbände und der Parteien können etwas ändern.

Begründung:

Die Bundesregierung will künftig nur noch jährlich 1,23 Milliarden Euro für Aus- und Neubaustrecken zur Verfügung stellen. Der Aus- und Neubau der Bahnstrecken im Kinzigtal hat auch keine Berücksichtigung in den jeweiligen Investitionsrahmenplänen des Bundes gefunden.

Dies ist eine schlechte Nachricht für die Bahnkunden und die große Zahl der Pendler im Main Kinzig Kreis. Es ist offenkundig, dass diese Bahnvorhaben nicht gefördert werden und somit in weite Ferne rücken. Es ist ein Skandal, wie Bundes- und Landesregierung die Schienenausbeziehungsweise -neubaustrecke Fulda-Frankfurt und auch Hanau-Würzburg in den vergangenen Jahren behandelt und „unterstützt“ haben.

Der Börsengang der Bahn steht mit der neuen Bundesregierung wieder auf der Tagesordnung. "Die Aufgaben von Staat und Privatwirtschaft im Verkehrssektor müssen vernünftig abgegrenzt und geordnet sein. Aufgabe der Privatwirtschaft ist es, Personenverkehr, Gütertransport und Logistik zu betreiben. Aufgabe des Staates ist es, eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur zu garantieren, für faire Wettbewerbsregeln zu sorgen sowie den Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten." Steht im Koalitionsvertrag und weiter: "Sobald der Kapitalmarkt dies zulässt, werden wir eine schrittweise, ertragsoptimierte Privatisierung der Transport und Logistiksparten

einleiten." Der neue Verkehrsminister Ramsauer wiegelt zwar ab, aber wenn die Aktienkurse wieder steigen und damit die möglichen Erlöse, wird der Verkauf der Transportsparten der Bahn schnell wieder auf der Tagesordnung stehen. Ein alter Beschluss der Koalition von CDU/CSU und SPD lässt der neuen Regierung sogar die Möglichkeit, ohne Beteiligung des Bundestages 24,9 Prozent der Transportbereiche der Bahn zu veräußern.

Bei Verkauf von Anteilen der Bahn würde der Bund erheblich an Einfluss verlieren. Steuerzahler müssten Verluste tragen, während Kapitalgeber die Gewinne kassieren. Dabei gibt sogar das Grundgesetz in Artikel 87e die Orientierung am Allgemeinwohl vor: .Der Bund

gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes Rechnung getragen wird. Die neue Koalition will die Bahn aber nicht nur verkaufen, sie will auch den

Wettbewerb auf der Schiene und zwischen der Schiene und anderen Verkehrsträgern weiter anheizen. So sollen zukünftig in ganz Deutschland auf allen Verbindungen Fernbusse IC und ICE Konkurrenz machen dürfen. Güterverkehr auf der Schiene verursacht im Vergleich zum Lkw nur ein Viertel der Klimabelastung.

DIE LINKE Hessen will deswegen die Schiene als umweltfreundliches Verkehrsmittel konsequent ausbauen. Dazu müssen die Investitionsgelder für neue Strecken dauerhaft auf

mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. Den Lärmschutz an Schienenwegen wollen wir durch eine schnelle Umrüstung der Güterwagen deutlich verbessern.

Die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs müssen verdichtet statt ausgedünnt werden. Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Bisher gibt es an Samstagen und Sonntagen keine Verkehrsverbindungen vom Lande an die Kinzigtalbahn (Hanau, Gelnhausen,

Antrag 09-14

Antragsteller: Kreisverband Limburg-Weilburg

Antragsthema: Verbesserung des Datenschutzes bei den Kommunen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion wird vom Parteitag aufgefordert sich im Landtag dafür einzusetzen, dass die Datenschutz rechtlichen Rahmenbedingungen in soweit verbessert werden, dass die Kommunen Personenbezogene Daten nicht weiterhin an Vereine geben dürfen.

Begründung:

In Hessen ist es entgegen der Datenschutz rechtlicher Geflogenheit erlaubt das Städte und Gemeinde meldebezogene Daten der Einwohner an ortsansässige Vereine wie z.B. Feuerwehren Gesangsvereine und sonstige eingetragene Vereine weiter geben können Dies ist unter Datenschutzrechtlichem Aspekt nicht hinnehmbar.

3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold

03 Bundespolitik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
10-04	LAG Gesundheit u. Soziales	Heizkostenabwälzung	34
11-10	Y. Schäfer-Henrich und weitere 25 Unterzeichner	ELENA-Verfahrensgesetz außer Vollzug setzen	34
12-11	Choni Flöther, Leonie Blum und weitere 25 Unterzeichner	Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung	35
13-23	LAG Sozialistische Linke	Gesetzliche Regelung Tarifeinheit	36
14-16	Nico Weinmann und weitere 25 Unterzeichner	Gesetzliche Regelung Tarifeinheit	39
15-19	KV Main-Kinzig	Für ein solidarisches Gesundheitssystem	40
16-20	KV Main-Kinzig	Gegen prekäre Beschäftigungsver- hältnisse	41
17-22	KV Main-Kinzig	Weg mit der Rente ab 67	42

Antrag 10-04

Antragstelle: Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit/Soziales Hessen

Antragsthema: Heizkostenzahlungsabwälzung

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschliessen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Heizkostenzahlungsabwälzung auf die Kommunen schnellstens zurückzunehmen.

Begründung:

Der Bund streicht seine Verpflichtung, den Heizkostenanteil als Bestandteil des Wohngeldes zu bezahlen, somit kommen diese Zahlungen ausschließlich auf die Kommunen zu. Dies hat folgende Auswirkungen:

- Reduzierung der öffentlich-gesellschaftlichen Aufgaben der Kommunen
- Schwimmbäder, Büchereien etc. werden geschlossen, Vereinszuschüsse werden gekürzt, Volkshochschulen werden zusammengelegt (Bsp. Stadt/Kreis Gießen), in Gemeinden werden u.a. Stellen für Gemeindeschwestern gestrichen.

Besonders betroffen sind die bisherigen WohngeldempfängerInnen. Hierbei handelt es sich um geringeinkommensbeziehende EmpfängerInnen, die aufgrund ihrer sozialen Lage auf Wohngeld angewiesen sind. Die Abwälzung der bisherigen Wohngeldzahlung auf die Kommunen hat zur Folge, dass die Kommunen sämtliche Kosten zu bezahlen haben.

Die bisherigen WohngeldempfängerInnen werden somit zu Alg-II- EmpfängerInnen (bei RentnerInnen SGB-XII-Leistungen) und unterliegen somit den KDU(Kosten der Unterbringung)-Tabellen der jeweiligen Kommunen. Zusätzlich erhöht sich der Bürokratieaufwand und notfalls droht ein Wohnungswechsel.

Antrag 11-10

Antragsteller: Yvonne Schäfer-Henrich (KV Gießen) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: ELENA-Verfahrensgesetz außer Vollzug setzen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Hiermit wird die Bundesregierung aufgefordert, das Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahrensgesetz) außer Vollzug zu setzen.

Begründung:

Die Verabschiedung und praktische Umsetzung von ELENA bedeutet einen massiven Eingriff in die Privatsphäre, in schutzwürdige Belange und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eines jeden Menschen in diesem Land. Durch dieses Gesetz wird dem Arbeitgeber die Pflicht auferlegt, ohne konkreten Anlass Daten von ArbeitnehmerInnen an staatliche Stellen zu übermitteln.

Auch wird den betroffenen abhängig Beschäftigten die Möglichkeit genommen, einen Einblick in ihre eigenen Daten zu bekommen. Zusätzlich wird der Arbeitgeber u.a. berechtigt, Daten von weiteren Haushaltsmitgliedern an die Wohngeldstelle zu

übermitteln. Weiterhin wird der Arbeitgeber verpflichtet, Beschäftigte zu melden, wenn diese laufende Geldleistungen wie Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld, Arbeitslosengeld oder Übergangsgeld beziehen.

Außerdem wird der Arbeitgeber verpflichtet, sämtliche "Tatsachen", die für eine Sozialtransferscheidung angeblich wichtig sind, dem Sozialhilfeträger (ARGE oder Optionskommune) zu melden. Welche sogenannten "Tatsachen" hier wichtig sind, obliegt allein dem Arbeitgeber. Es mutet schon grotesk an, wenn "Vater Staat" sich selbst nicht traut und vom Arbeitgeber verlangt, dass dieser ihm von der Auszahlung staatlicher Pflichtleistungen berichtet.

Dies alles ist ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zur gläsernen BürgerIn und die Vollendung von George Orwell's 1984 im Jahre 2010.

Abschließend verweisen wir auf die Stellungnahme des Ratsfraktionsvorsitzenden in Gladbeck (NRW), Olaf Jung, der u.a. ausführt:

"Datenschutz und der selbstbestimmte Umgang mit seinen Daten ist ein hohes Gut, das nicht angetastet werden darf, weil es die Würde des Menschen gewährleistet. Schon die angeblichen "Errungenschaften" der letzten Jahre wie Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung, Kennzeichenerfassung, Biometrischer Pass usw. weisen den Weg in Richtung Überwachungsstaat. (...)"

Antrag 12-11

AntragstellerInnen: Choni Flöther, Leonie Blume (KV Kassel-Stadt)
und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der LINKE Parteitag Hessen unterstützt den Widerstand gegen das Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung. Deshalb werden die Kreisverbände aufgefordert Protestinitiativen vor Ort während des internationalen Aktionstags des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 29. September zu ergreifen - gemeinsam mit Gewerkschaften, Antikrisenbündnissen, Erwerbslosen, Beschäftigten, RentnerInnen, Auszubildenden, SchülerInnen und Studierenden und ihren Organisationen.

Für diesen Zweck stellt der Landesverband ausreichend Material zur Verfügung und stellt neben einem klaren „Nein zum Sparpaket“ folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

- Weg mit Sparpaket, Gesundheitsreform und Kürzungen in Ländern und Kommunen
- Die Reichen sollen für die Krise zahlen: Für eine Millionärssteuer von zehn Prozent
- Abschaffung von Hartz IV
- Verstaatlichung aller Banken – unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Statt Arbeitsplatzabbau und Billigjobs – Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Für die Einführung der 30-Stunden-Woche

DIE LINKE fordert ihre Mitglieder in den Gewerkschaften auf, sich innerhalb der Gewerkschaften für die Organisation von effektivem Widerstand einschließlich politischer Streiks gegen das Sparpaket einzusetzen.

Begründung:

In Griechenland und Spanien sind für den September Generalstreiks angekündigt. In Deutschland waren die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart von über 40.000 Menschen am 12. Juni ein wichtiger Erfolg und haben deutlich gemacht, dass das Potential vorhanden ist, eine Protestbewegung gegen das Sparpaket und die Kürzungen der Regierung aufzubauen.

Das jetzige Sparpaket ist nur die Spitze des Eisbergs. Weitere Attacken sind geplant - wie die Diskussionen über eine Eintrittsgebühr bei jedem Arztbesuch und die Verkleinerung des Wohnraums auf 25 Quadratmeter für Hartz-IV-EmpfängerInnen zeigen. Zudem drohen Kürzungen in einer Vielzahl von Kommunen und Arbeitsplatzabbau im Öffentlichen Dienst und in der Privatindustrie.

Um Angriffe dieser Art zu stoppen werden Demonstrationen alleine nicht ausreichen. Es bedarf einer massenhaften Streik- und Protestbewegung. Ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Notwendigkeit von Arbeitsniederlegungen wie in anderen Ländern herauszustellen, bietet der internationale Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 29. September. Die LINKE sollte gegenüber dem DGB und den Einzelgewerkschaften einfordern, an diesem Tag auch hier Streiks zu organisieren. LINKE Mitglieder sollten in ihren Betrieben selbst Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen anregen, z.B. auf Betriebsversammlungen, Betriebsgruppensitzungen, Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen.

Wenn um den 29. September herum Tausende Menschen in unzähligen Städten protestieren und auch die Frage von Arbeitsniederlegungen aufwerfen, kann das die Aktionswochen der DGB Gewerkschaften vom 24. Oktober bis zum 13. November nur stärken und den Druck erhöhen im Anschluss eine Steigerung der Proteste vorzunehmen.

Antrag 13-23

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Sozialistische Linke,
Kreisverband Darmstadt

Antragsthema: Gesetzliche Regelung Tarifeinheit

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts - gewerkschaftliche Einheit politisch durchsetzen!

Das Bundesarbeitsgericht hat im Juni 2010 entschieden, dass sich im Falle konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb die Anwendbarkeit des Tarifs nach der Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten richtet. Diese Entscheidung verringert einerseits die Möglichkeiten der Unterbietungskonkurrenz durch christliche und andere Pseudo-Gewerkschaften. Andererseits wird die Position von Spezialistengewerkschaften wie dem Marburger Bund, der GdL oder Cockpit gestärkt.

Als Reaktion auf dieses Urteil fordern der DGB und die Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einer gemeinsamen Initiative den Gesetzgeber auf, das Prinzip der Tarifeinheit in einem Betrieb künftig per Gesetz festzuschreiben. Es soll jeweils der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gelten. Dieser Vorschlag würde das Streikrecht von Minderheiten-Gewerkschaften stark einschränken.

Die Konsequenz eines solchen gesetzlichen Eingriffs in das Tarifrecht wäre die Einschränkung der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie nach Artikel 9 Abs. 3 GG. Außerdem birgt sie unwägbar Risiken für die Einheitsgewerkschaften selbst.

Als Lehre aus der deutschen Geschichte betrachten wir die Einheit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung als ein besonderes, schützenswertes Gut. Sie stärkt die Kampfkraft und die Durchsetzungsfähigkeit der Lohnabhängigen. Die Alleingänge der Spezialistengewerkschaften sind jedoch nur Ausdruck und nicht die Ursache der Krise der Gewerkschaften. Wo die Einheit bedroht ist, muss sie mit gewerkschaftspolitischen Mitteln und durch gemeinsamen Kampf wieder hergestellt werden. Hierfür sollten sich die gewerkschaftlich aktiven Mitglieder der LINKEN nach Kräften einsetzen.

Wir können der Einschränkung des Streikrechts nicht zustimmen, für wen und für welche Organisation auch immer. Wir brauchen im Gegenteil die Ausweitung dieses Widerstandsrechtes, wir brauchen die definitive Klarstellung, dass auch ein politischer Streik in Deutschland legal ist.

Wir rufen den Parteivorstand auf, vor dem Hintergrund dieser kritischen Einschätzung einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit mit den Gewerkschaften in Dialog zu treten.

Begründung

Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts können künftig in einem Betrieb mehrere Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften für die gleiche Berufsgruppe zur Anwendung kommen. Welcher Tarifvertrag gilt, richtet sich nun nach der Gewerkschafts-Mitgliedschaft der einzelnen Arbeitnehmer/innen. Dem bisher angewendeten Prinzip, nach dem jeweils der speziellere Tarifvertrag für alle Beschäftigten zur Geltung kam, ist damit die rechtliche Grundlage entzogen.

Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes befindet sich das über mehrere Jahrzehnte erfolgreiche Tarifsysteem in der Krise. Es wird seit einiger Zeit durch verschiedene Entwicklungen in Frage gestellt:

- a) Lohndumping durch Unterbietungskonkurrenz: Pseudo-Gewerkschaften wie z. B. die christlichen Gewerkschaften oder auch die Gewerkschaft der Brief- und Zustelldienste (GNBZ) schließen Tarifverträge mit deutlich niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen ab und drücken damit das gesamte Lohnniveau. Diese Unterbietungskonkurrenz wird durch das Urteil des BAG erschwert. Insofern stellt es eine Verbesserung für die Arbeitnehmer/innen dar. Als sinnvolle gesetzliche Regelungen gegen Lohndumping bieten sich ein einfacheres Verfahren der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Abschaffung der Ausnahmeregelungen im Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns an.
- b) Spaltung der Belegschaft durch Überbietungskonkurrenz: Einige Spezialistengewerkschaften, wie der Marburger Bund, die GdL oder Cockpit

können ihre besondere Stellung im Unternehmen nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen, ohne die Situation der übrigen Beschäftigten in diesen Unternehmen zu berücksichtigen. Dadurch werden die DGB-Gewerkschaften unter Druck gesetzt. Bei fortdauernder Auseinanderentwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen droht die Spaltung der Belegschaften. Die Entscheidung des BAG verbessert die Position der Spezialistengewerkschaften.

- c) Tariffucht: Immer mehr Arbeitgeber entziehen sich den tariflichen Regelungen, indem sie nicht Mitglied in einem Arbeitgeberverband werden, aus dem Verband austreten oder eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung eingehen. Das berechtigt sie, Arbeitsverträge zu schlechteren Konditionen abzuschließen als denen des gültigen Tarifvertrages. Auch konnte die Unternehmerseite Öffnungsklauseln durchsetzen, durch die der Flächentarif weiter ausgehöhlt wird. Zur Problematik der Tariffucht trifft das Papier von BDA und DGB keine Aussage.

Zur Wahrung der gewerkschaftlichen Einheit in den Betrieben fordert der DGB in einer gemeinsamen Initiative mit den Deutschen Arbeitgeberverbänden (BDA) den Gesetzgeber auf, das Prinzip der Tarifeinheit künftig per Gesetz festzuschreiben. Außerdem soll eine weitere Zersplitterung der Tariflandschaft und ausdrücklich auch eine "Vervielfachung" von Arbeitskämpfen vermieden werden. Die Initiative sieht konkret vor, dass nur der Tarifvertrag der mitgliederstärkeren Gewerkschaft für alle Beschäftigten in einem Betrieb zur Geltung kommt, auch wenn speziellere Tarifverträge für einzelne Berufsgruppen existieren. Die Friedenspflicht gilt für alle Gewerkschaften während der Laufzeit des Tarifvertrages der Mehrheitsgewerkschaft.

Diese Initiative ist aus vier Gründen zu kritisieren:

- Diese Ausdehnung der Friedenspflicht würde auf ein Streikverbot für nachrangige Gewerkschaften hinauslaufen. Die Unterordnung unter die Laufzeit der von anderen Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge nimmt einer Gewerkschaft die Chance, gegenüber den Arbeitgebern eine Gegenmacht zu entwickeln und sich als Organisation zu etablieren. Die vom DGB und dem BDA vorgeschlagenen Eingriffe in das Tarifrecht führen in der Konsequenz zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie nach Artikel 9 Abs. 3 GG. Diese Grundrechte gelten für die Mehrheit genauso wie für Minderheiten. Sie sind vorbehaltlos zu gewährleisten.
- Die gesetzlichen Regelungen könnten sich auch für die DGB-Gewerkschaften in bestimmten Bereichen negativ auswirken, etwa bei den Zeitungsredakteur/inn/en, wo der Deutsche Journalistenverband oft in der Mehrheit ist. Würde die schwarz-gelbe Parlamentsmehrheit in ihrer Gesetzgebung das Einheitsprinzip auf Berufsgruppen beziehen anstatt auf Betriebe, so käme die Initiative am Ende sogar den Spezialistengewerkschaften zugute. Es besteht weiterhin die Gefahr, dass der Gesetzgeber die Gelegenheit nutzt, das Streikrecht in weiteren Punkten einzuschränken. Im Raum stehen hier Fragen der Urabstimmung, des Kampfs um Sozialtarifverträge, des Schlichtungsrechts sowie des Solidaritätsstreiks.
- Es ist höchst gefährlich, dass nun auch von Arbeitnehmerseite vor einem Szenario mit ausufernden Dauerstreiks und möglichen Akzeptanzproblemen in der Öffentlichkeit gewarnt wird, um das Einschreiten des Gesetzgebers zu legitimieren. Das Streikrecht einschränken, um es zu retten - diese defensive Strategie kann sich leicht gegen offensive Aktionen jeder Gewerkschaft wenden. Schon beim GDL-Streik haben Gerichte das Streikrecht gegen die

wirtschaftlichen Interessen der Bahn abgewogen. Solche Abwägungen zwischen Streikrecht und "Gemeinwohl" darf kein weiteres Futter gegeben werden.

- Die Initiative von DGB und BDA zielt nicht auf die Einheit der Arbeiterklasse gegen das Kapital, sondern auf eine Einheit in der Sozialpartnerschaft. Diese wurde jedoch von der Kapitalseite längst weitgehend aufgekündigt, unter anderem durch die Flucht der Arbeitnehmer aus den Flächentarifen. Die Politik der Sozialpartnerschaft hat im vergangenen Jahrzehnt zu unsicheren Arbeitsverhältnissen, prekärer Beschäftigung und massivem Reallohnabbau geführt. Wenn in dieser Situation einzelne kampfstärke und gut organisierte Arbeitnehmergruppen aus der Tarifeinheit ausscheren und bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durchsetzen, so ist dies legitim. Die anderen Berufsgruppen werden dadurch nicht notwendigerweise schlechter gestellt, sondern können solche Erfolge für ihre Kämpfe nutzen. Die Alleingänge der Spezialistengewerkschaften sind Ausdruck, und nicht Ursache der Krise der Gewerkschaften.
- Für die Erhaltung und Herstellung gewerkschaftlicher Kampfkraft sind der Gesetzgeber und die Arbeitgeber schlechte Verbündete, denn sie verfolgen ganz andere Interessen als die der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Zwischengewerkschaftliche Konflikte müssen gewerkschaftspolitisch gelöst werden. Es gilt, die Einheit in den Belegschaften durch Überzeugungsarbeit und erfolgreiche Kämpfe zu erreichen. Die Maxime "Gemeinsam sind wir stark" ist die Grundlage der Solidarität und die Basis gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft. Sie lässt sich aber nicht gesetzlich erzwingen, sondern muss gemeinsam erkämpft werden.

Antrag 14-16

Antragsteller: Nico Weinmann (KV Kassel-Stadt) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Gesetzliche Regelung Tarifeinheit

Antrag:

Der LINKE-Landesparteitag Hessen möge beschließen:

Der LINKE Parteitag Hessen lehnt das von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) und dem DGB vorgestellte Papier „Eckpunkte für ein Tarifvertragsgesetz“ ab. Die vorgeschlagene Tarifeinheit per Gesetz richtet sich gegen ArbeitnehmerInneninteressen.

Sie würde das Streikrecht unterminieren und die Möglichkeiten von Belegschaften ihre Belange tarifvertraglich zu regeln einschränken. Einheit in der Gewerkschaftsbewegung ist durch kämpferische Politik zu erreichen, die auf demokratisch entwickelten, offensiven Forderungen basiert.

Begründung:

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 23. Juni 2010 entschieden, dass künftig in einem Betrieb gleichzeitig mehrere Tarifverträge zur Anwendung kommen können. Es folgt in seinem Urteilsspruch damit der Praxis. Denn Gewerkschaften wie zum Beispiel die der Lokomotivführer (GDL), Marburger Bund (MB) oder Unabhängige

Flugbegleiter-Organisation (UFO) haben bereits eigene Tarifverträge, die neben anderen Tarifverträgen im selben Betrieb gelten. Sie haben für die Durchsetzung Arbeitskämpfe geführt und gestreikt.

Die DGB Spitzen befürchten durch diese Gesetzgebung eine „Zerklüftung der Tariflandschaft“. Tatsächlich besteht in der Erosion des Tarifgefüges eine reale Gefahr für ArbeitnehmerInnen. Die Ursachen hierfür sind jedoch nicht in Gesetzesinitiativen zu suchen, sondern u.a. in dem gewerkschaftlichen Anpassungskurs der letzten Jahre – in Co-Management und dem Verzicht Streiks wirksam und bis zum Ende durchzuführen. Öffnungsklauseln in Tarifverträgen – oftmals Ausstiegsklauseln für den Arbeitgeber in so genannter „schwieriger wirtschaftlicher Situation“ – sind sehr konkrete Zerklüftungserscheinungen, die in vielen Fällen die Unterschriften vom DGB tragen. Davon abgesehen ist es fraglich, ob die von DGB und BDA gestartete Initiative in Gesetzesform vor dem Bundesverfassungsgericht überhaupt Bestand haben würde. Die betriebliche Wahrheit ist konkret. Aus Sicht eines Krankenpflegers ist folgendes Szenario alles andere als unrealistisch: Würde zum Beispiel der Marburger Bund in einer Klinik 80% der ÄrztInnen organisieren, ver.di jedoch lediglich 15% der Pflegekräfte, könnte es sein, dass plötzlich der Marburger Bund die mitgliederstärkste Gewerkschaft im Betrieb ist. Der MB-Tarifvertrag wäre verbindlich auch für Pflegekräfte und ausgerechnet in einem schwach organisierten Betrieb wäre für Pflegekräfte fast nichts tarifvertraglich geregelt und ver.di hätte nicht einmal Streikrecht. Nach dem Eckpunktepapier würde die mitgliederschwächere Gewerkschaft der Friedenspflicht unterliegen. Es würden in diesem Fall massiv Arbeitnehmerinteressen gefährdet und die DGB Gewerkschaften geschwächt werden.

Antrag 15-19

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Für ein solidarisches Gesundheitssystem, gegen jede Art der Kopfpauschale

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der hessische Landesverband der Partei Die LINKE. begrüßt ausdrücklich die Kampagnenplanungen des Bundespartei Vorstandes zur Gesundheitsreform und wird sich an der Umsetzung aktiv beteiligen. Ausserdem werden wir mit Gewerkschaften und sozialen Verbänden weiterhin gegen die Kopfpauschale und für eine Bürgerversicherung mobilisieren.

Begründung:

Die Pläne der Regierung und damit wohl auch die der eingesetzten Kommission zur Gesundheitsreform untergraben die Solidarität im Gesundheitssystem. Die Einführung einer Kopfpauschale (neu Einheitsbetrag) und Rationierung der Leistungen verstärkt die Ungerechtigkeiten und die Kluft zwischen Arm und Reich. Auch denn angedachten Ausgleich aus Steuergeldern bezahlen letztendlich die Geringverdienenden und Armen selber durch die dafür notwendigen Steuererhöhungen. Entlastung der Reichen auf dem Rücken der Armen ist zutiefst unsozial und muss verhindert werden. Wenn alle BürgerInnen aus allen Einkünften ihren Beitrag in die solidarische Finanzierung leisten, ist für alle ein gutes Gesundheitssystem bezahlbar.

Antrag 16-20

Antragsteller: Kreisverband Main-Kinzig

Antragsthema: Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

In den letzten Monaten ist in Hessen auf allen politischen Ebenen (Land, Landkreis und Kommune) zu beobachten dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse zunehmen. DIE LINKE. Hessen setzt sich dafür ein, dass die prekären Arbeitsverhältnisse wie

- Befristete Beschäftigung
- Kettenarbeitsverträge
- Leiharbeit
- Ein-Euro-Job
- Niedriglohnempfänger und Hartz IV – Aufstocker
- Praktikanten/innen

durch gesetzliche Regelungen sozial gestaltet bzw. abgeschafft werden. Befristete Beschäftigte dürfen nur eingestellt werden, um kurzfristige Personalausfälle auszugleichen oder wenn ein sachlicher Grund vorliegt. Kettenarbeitsverträge (mehr als 1 Anschlussvertrag) werden verboten.

Leiharbeiter erhalten den gleichen (tariflichen) Lohn, wie die anderen Beschäftigten des Betriebes in dem sie eingesetzt werden. Die unter den Hartzgesetzen eingeführten 1,-€ Jobs sind in normale versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Ihnen wird der tarifvertragliche Lohn gezahlt.

Praktikanten/innen sind völlig rechtlos und werden schamlos von den Arbeitgebern ausgenutzt. Die Zeit eines Praktikums wird auf drei Monate begrenzt. Danach wird der/die Praktikant/in fest eingestellt und erhält den tarifvertraglichen Lohn. Voraussetzung zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, wie ihn die Gewerkschaften fordern.

Auch die Gewerkschaften müssen ihren Beitrag leisten. Gewerkschaften werden aufgefordert, prekäre Beschäftigung in ihren Bereichen zu ermitteln und Gegen-schritte einzuleiten. Dabei sind auch die Betriebsräte aufgefordert ihre Mitbestimmungsrechte voll auszuschöpfen, um jegliche prekäre Arbeit einzudämmen oder zu verhindern.

Begründung:

In den letzten Jahren sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse enorm gestiegen. Rund 3 Millionen Zeitarbeiter und befristete Beschäftigte gab es zu Beginn der Krise in Deutschland, darunter überproportional junge Menschen und geringer Qualifizierte. Nun zählen sie zu den ersten Verlierern in der Krise. Verschiedene Studien zeigen: Schon vor der Krise trugen sie ein besonders hohes Risiko, ihren Job zu verlieren. Und wenn das passiert, landen viele von ihnen übergangslos im Hartz IV Bezug, weil sie vorher wenig verdient haben und oft nur kurzzeitig beschäftigt waren. Stammbeschafteten werden aufgelöst und kommen als schlechter bezahlte Leiharbeiter durch die Hintertür wieder in die Betriebe. Niedriglohnempfänger können nur existieren, weil sie mehrere Niedriglohnjobs ausführen oder durch Aufstockungsbeträge nach Hartz IV unterstützt werden. Arbeitgeber, die Niedriglohnjobs anbieten, profitieren davon erheblich zu Lasten der Sozialkassen und der Steuerzahler.

Antrag 17-22**Antragsteller:** Kreisverband Main-Kinzig**Antragsthema:** Weg mit der Rente ab 67**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die LINKE. Hessen verurteilt aufs Schärfste die Höhersetzung des Rentenalters für Lehrer durch die hessische Landesregierung.

Darüber hinaus werden Lehrlinge, deren Ausbildungsjahr am 1. September 2010 beginnt, insgesamt 50 Jahre und mehr arbeiten gehen müssen bevor Sie in Rente gehen können.

Alle Parteien und Gewerkschaften werden aufgefordert, sich mit sämtlichen Mitteln dafür einzusetzen, dass die ab 2010 beginnende Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre umgehend abgeschafft wird.

Begründung:

Es wird höchste Zeit, dass die Politik endlich die Realitäten in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt anerkennt und sich von der Rente mit 67 verabschiedet. Die Rente mit 67 ist eine arbeitsmarkt- und sozialpolitisch untaugliche Maßnahme. Die Möglichkeit bis zum Renteneintrittsalter gesund zu arbeiten, ist für viele Beschäftigte unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen unreal; sie können ihre Tätigkeit schon nicht bis zum 65. Lebensjahr ausüben. Für sie ist die Rente mit 67 wegen der Abschläge ein Rentenkürzungsprogramm. Gleichzeitig werden diejenigen, die Arbeit haben und gesundheitlich dazu in der Lage sind, deutlich später aus dem Berufsleben ausscheiden. Damit verschlechtern sich auch die Chancen für Junge, in das Erwerbsleben einzusteigen.

**3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen
am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold**

04 Internationale Politik

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
18-02	B. Cárdenas, MdL; M. Cakir u. weitere 25 Unterzeichner	Solidarität mit den inhaftierten BDP- PolitikerInnen	44
19-08	LAG Frieden und internationale Politik	Respektierung der Beschlusslage der Partei	45

Antrag 18-02

Antragssteller: Barbara Cárdenas, MdL (KV Offenbach); Murat Cakir (KV-Kassel-Stadt) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Solidarität mit den inhaftierten BDP-PolitikerInnen in der Türkei

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

»DIE LINKE Hessen erklärt sich solidarisch mit den derzeit in der Türkei inhaftierten PolitikerInnen und BürgermeisterInnen der BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) und fordert die türkische Regierung auf, die über 1.500 inhaftierten BDP-Mitglieder freizulassen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich mindestens mit einer VertreterIn an der Prozessbeobachterdelegation, die von verschiedenen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE sowie verschiedenen NGOs aus Deutschland zusammengestellt und zur Beobachtung des Prozessauftrittes am 18. Oktober 2010 nach Diyarbakir reisen wird, zu beteiligen.«

Begründung:

Aufgrund einer Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft in Diyarbakir vom 28. Mai 2009, wurden vor etwa einem Jahr in der gesamten Türkei rund 1.500 PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, MitarbeiterInnen sowie Mitglieder der Partei BDP und Funktionäre des zivilgesellschaftlich organisierten »Kongresses der Demokratischen Gesellschaft« verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie Angehörige einer »Terrororganisation« sind und im Namen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) illegale Strukturen geschaffen haben. Inzwischen wurde auch gegen Abgeordnete der BDP im türkischen Parlament, darunter der Co-Vorsitzende Selahattin Demirtas, im Juni 2010 Anklage erhoben. Die BDP ist die Nachfolgepartei der verbotenen DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft).

Sämtliche inhaftierte PolitikerInnen und BürgermeisterInnen sind in ihre Ämter gewählt worden und haben sich bis zu ihrer Verhaftung im demokratischen politischen Raum betätigt. Einige der inhaftierten BürgermeisterInnen wurden in den jeweiligen Städten und Kommunen mit überwältigenden Mehrheiten in ihre Ämter gewählt. Dem »Kongress der Demokratischen Gesellschaft« gehören hunderte NGOs der Zivilgesellschaft, darunter zahlreiche Frauenorganisationen, kommunale Vereinigungen, Gewerkschaften, soziale Verbände sowie Unternehmerverbände aus den kurdischen Gebieten der Türkei an. Ihnen wird laut Anklage unter anderem zur Last gelegt, dass sie sich für eine »**Demokratische Republik**« und für die »**demokratische Selbstverwaltung der Kommunen**« eingesetzt sowie ihre kommunalen Tätigkeiten mehrsprachig (so z.B. in Aramäisch, Armenisch, Kurdisch und Türkisch) durchgeführt haben.

Diese Anklage gehört, genau wie die Verurteilung von minderjährigen Kindern wegen des Werfens von Steinen zu mehrjährigen Haftstrafen, zu den Repressionsmaßnahmen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung. Die fortwährenden militärischen Operationen, das faktische Kriegsrecht in den kurdischen Gebieten, Organisations- und Versammlungsverbote, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit haben inzwischen zu einer dramatischen Eskalation des seit 30 Jahren andauernden bewaffneten türkisch-kurdischen Konflikts geführt.

Obwohl aus allen Gebieten der Türkei tausende Organisationen der Zivilgesellschaft, Intellektuelle, Gewerkschaften, sogar bekannte Industrielle zur Deeskalation dieses Konfliktes aufgerufen haben, weigert sich der türkische Staat, die Inhaftierten freizulassen und Schritte zur Befriedung des Konfliktes zu unternehmen.

Die BDP hat mehrmals erklärt, dass sie sowohl im Parlament, als auch außerhalb der parlamentarischen Tätigkeit mit friedlichen und demokratischen Mitteln zur politischen Lösung des Konflikts beitragen möchte. Ihre diesbezüglichen Bemühungen werden zwischenzeitlich sogar von konservativen PolitikerInnen und Medien anerkannt. Die erklärte Unterstützung von zahlreichen NGOs und die fast täglichen Massendemonstrationen belegen, dass die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten mehrheitlich hinter dieser Linie der BDP steht.

Die Einmischung der Zivilgesellschaft und der erklärte Willen der BDP für Frieden und Demokratisierung des Landes erfordert die internationale Solidarität. DIE LINKE Hessen, die sich ihren internationalistischen Werten und den Werten des Friedens, der Gerechtigkeit und der Demokratie verpflichtet fühlt, ist gefordert, ihren Beitrag für die friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zu leisten. Der Beistand im Rahmen einer Prozessbeobachterdelegation ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in diesem Sinne.

Antrag 19-08

Antragsteller: LAG Frieden und internationale Politik

Antragsthema: Respektierung der Beschlusslage der Partei

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir missbilligen das Verhalten von 25 Abgeordneten der Bundestagsfraktion bei der Abstimmung des Bundestages zur Verlängerung der UNO-Mission im Sudan (UNMIS). Die 25 Abgeordneten lehnten nicht die Verlängerung des Mandats ab, sondern enthielten sich der Stimme.

Dabei ist die Beschlusslage unserer Partei „DIE LINKE“ klar: Wir stehen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir sind Friedenspartei.

Darüber hinaus haben die 25 Abgeordneten den Auftrag des zweiten Parteitags in Rostock in den Wind geschlagen, „nicht nachzulassen, unsere Kernforderungen täglich in der Gesellschaft zu verankern und unser politische Profil auszubauen“.

Für uns als LINKE und insbesondere für das Auftreten und Verhalten unserer Bundestagsabgeordneten sollte die Position Rosa Luxemburgs Orientierung sein:

„Für uns sind die Wählermassen kein Stimmvieh, wie für die bürgerlichen Parteien, über das man ohne ihr Vorwissen verfügen dürfte, sie sind kein Objekt unserer Politik, sondern deren bewusste, überzeugte Träger.“(RL, 29.2.1912, „Unsere Stichwahltaktik“)

3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold

05 Partei und Organisation

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
20-05	Kreisverband Wetterau	Delegiertenschlüssel	47
21-07	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Umsetzung der UN-Konventionen für behinderte Menschen	47
22-13	KV Limburg-Weilburg	Beteiligung an den bundesweiten Anti-Atomkraft-Großdemonstrationen	49
23-06	LAG LISA	Änderungsantrag zum Programm-entwurf	50

Antrag 20-05**Antragsteller:** Kreisverband Wetterau**Antragsthema:** Delegiertenschlüssel für Landesparteitage**Antrag:**

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen fordert den Landesvorstand dazu auf, bei der Festlegung von Delegiertenschlüssel für Parteitag, Wahlversammlungen u.ä. nur die Mitglieder zur Berechnung der Delegiertenzahlen zu berücksichtigen, die nicht im Beitragsverzeichnis sind.

Antrag 21-07**Antragsteller:** Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik**Antragsthema:** Umsetzung der UN-Konvention für behinderte Menschen**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Folgende Schritte zur Umsetzung des Beschlusses 2009-99 „Zur UN-Konvention zu Rechten Behinderter im Zusammenhang mit EU-Antidiskriminierungsrichtlinien“ des Parteivorstandes vom 17. Oktober 2009 hier in Hessen:

1. Bis Juni 2011 wird in jedem Kreisverband in Hessen ein Themennachmittag zur UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen durch den Landesvorstand organisiert und durchgeführt. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, dabei engagiert mitzuwirken.
2. Von Januar 2011 an bis vor dem nächsten Landesparteitag, sammeln wir Vorschläge für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention in Hessen und leiten diese an den Landesvorstand weiter.
3. Der Landesvorstand legt im Zusammenwirken mit der Landtagsfraktion dem nächsten ordentlichen Landesparteitag zur Beschlussfassung zur Umsetzung des Beschlusses 2009-99 „Zur UN-Konvention zu Rechten Behinderter im Zusammenhang mit EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinien“ des Parteivorstandes vom 17. Oktober 2009 einen Aktionsplan vor.
4. Die Landtagsfraktion wird verpflichtet, die zügige Umsetzung der durch den Bundestag durch Gesetz ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als besonderen Schwerpunkt mit in ihr schon bestehendes Landeswahlprogramm aufzunehmen. Die Kreis- und Ortsverbände werden verpflichtet, diese Umsetzung mit in ihr Kommunalwahlprogramm aufzunehmen.

Begründung:

Seit 2006 gibt es das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen - kurz: die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen. In Deutschland trat diese UN-Konvention am 26. März 2009 in Kraft und ist damit rechtsverbindlich.

Die nächsten Schritte sind nun die Umsetzung dieser Rechte in die nationale Gesetzgebung. Alle gesetzlichen Regelungen, die Menschen mit Behinderungen be-

treffen, müssen überprüft werden, ob sie die Bestimmungen der UN-Konvention berücksichtigen. Wenn das noch nicht der Fall ist, müssen sie geändert werden. Ob dieser Prozess der Umsetzung der UN-Konvention schnell geht oder lange dauert, hängt auch von uns als Mitglieder der Partei DIE LINKE. ab.

Behinderung beginnt in den Köpfen.

Die Partei DIE LINKE. wahrt und achtet die Rechte behinderter Menschen: Wir beziehen behinderte Menschen und ihre Organisationen in allen Phasen der Umsetzung und Überwachung mit ein, wie es das Übereinkommen vorschreibt.

Wir werden lernen, die Perspektive zu wechseln und unser Denken überprüfen:

Wir wollen keine Integration, bei der behinderte Menschen eine gesonderte Gruppe bleiben, sondern Inklusion, wo sie Gleiche unter Gleichen sind, wo sie zur Vielfalt dazugehören.

Wir wollen keine gnädige Wohlfahrt und Fürsorge, sondern Selbstbestimmung. Menschen mit Beeinträchtigungen haben nun ausdrücklich das Recht, über ihr Leben selbst zu entscheiden.

Wir wollen keine Patientinnen und Patienten, sondern Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keine Problemfälle, sondern Menschen mit Rechten.

Wir Mitglieder der Partei DIE LINKE. im Landesverband Hessen tragen zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen aktiv bei.

Beginnen wir damit, darauf zu achten, daß unsere Versammlungsorte barrierefrei sind. Dann können Rollstuhlfahrer ungehindert teilnehmen – aber auch Menschen mit Kinderwagen oder Menschen mit Blindenhunden.

Ein Rollstuhlfahrer hat ein Recht auf Teilhabe, wie jeder andere Mensch auch. Er muß nicht darum bitten. Es ist sein Menschenrecht, das wir ihm auf diese einfache Weise sichern – einfach durch Aufmerksamkeit.

Mit der gleichen Aufmerksamkeit werden wir uns durch unsere Orte bewegen. Wo in unserer unmittelbaren Umgebung gibt es noch keine Barrierefreiheit? Barrieren bedeuten Hindernisse auf dem Weg zum selbstbestimmten Leben.

Was ist eine Behinderung? Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

Die Zahl der gesetzlichen Regelungen, in denen das Wort „Behinderung“ auftaucht, ist unglaublich groß. Jede einzelne Änderung im Sinne der UN-Konvention ist ein Schritt in Richtung auf ein selbstbestimmtes Leben.

Ein Beispiel: Seit der Ratifizierung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen gilt das Recht auf Regelschule für behinderte Kinder – die Bundesländer müssen handeln, denn dieser Anspruch für das einzelne Kind gilt unabhängig von anders lautenden Schulgesetzen.

Hier müssen wir ansetzen und konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen machen.

Zwei Handlungsschritte sind für uns Mitglieder der Partei DIE LINKE. aus Sicht unserer LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik nun erforderlich:

1. Wir sollten den Inhalt der UN-Konvention gut kennen. Zusätzlich zum Thema Rechte für behinderte Menschen bietet sie eine sehr gute Argumentationshilfe für linke Politik.
2. In Gemeindevertretungen und im Landtag achten unsere Abgeordneten auf die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen. Sie

stellen Anträge auf Änderung von gesetzlichen Regelungen und Vorschriften - auf allen Ebenen.

Wir nehmen vor allem unsere Landtagsfraktion mit ihrem Mitarbeiterstab und in den Kommunen unsere Kreistags- und Stadtverordnetenversammlungsfraktionen in die Pflicht, ebenso den Landesvorstand und die Kreisverbände mit ihren jeweiligen Kreisvorständen, damit besagter Beschluss des Parteivorstandes auch umgesetzt wird.

Weitere Informationen:

Beschluß des Parteivorstandes:

<http://die->

[linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20082010/beschluesse/zur_unkonvention_zu_rechten_behinderter_im_zusammenhang_mit_euantidiskriminierungsrichtlinien/](http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20082010/beschluesse/zur_unkonvention_zu_rechten_behinderter_im_zusammenhang_mit_euantidiskriminierungsrichtlinien/)

Leitgedanken zur Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE.

<http://die->

[linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag_behindertenpolitik/leitgedanken_behindertenpolitik_september2009.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag_behindertenpolitik/leitgedanken_behindertenpolitik_september2009.pdf)

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen:

http://die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2008/beschluss_99-2009_schattenuebersetzung.pdf

Antrag 22-13

Antragsteller: Kreisverband Limburg-Weilburg

Antragsthema: Beteiligung an den bundesweiten
Anti-Atomkraft-Großdemonstrationen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Hessische Linke beteiligt sich an den bundesweiten Antiatomkraft-Großdemonstrationen sowohl in Berlin wie auch im saarländischen Perl, indem sie am 18.9.2010 Busse organisiert.

Begründung :

Die Bundesregierung wird im Herbst das neue Atomkraftgesetz in den Bundestag einbringen und die Laufzeitverlängerung der AKWs beschließen lassen. Dem müssen wir mit aller Macht entgegenreten unter dem Motto: Schwarz- Gelb abschalten.

Wir müssten dort so aktiv werden, wie bei der Biblis-Aktion. Wir müssten präsent sein, um das ökologische Profil unserer Partei nach außen zu tragen und um den vermeintlichen Grünen nicht das Feld zu überlassen.

Wir sollten entweder in Perl oder in Berlin mit der Reichstagsumzingelung (dasselbe Datum) Flagge zeigen.

Antrag 23-06**Antragsteller:** LAG Lisa**Antragsthema:** Änderungsantrag zum Programmmentwurf**Antrag:**

Der Landesparteitag schließt sich dem Änderungsantrag der LAG Lisa an den Programmmentwurf zum Abschnitt

Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit (Programmmentwurf S. 17) an.

Die LAG Lisa beantragt, den Abschnitt **Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit** (Programmmentwurf S. 17) durch folgenden Text zu ersetzen

Geschlechtergerechtigkeit

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung von Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche Macht sind patriarchal geprägt. Der Grad gesellschaftlicher Demokratie misst sich für uns an der Freiheit von Frauen und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können.

Diskriminierung aufgrund der Merkmale Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, Behinderung, ethnische und religiöse Zugehörigkeit lehnen wir ab. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik, die Benachteiligung und Stigmatisierung in Arbeit und Zivilgesellschaft entgegenwirkt. Um dies zu verwirklichen, bekämpft DIE LINKE sowohl kapitalistische als auch patriarchale Herrschaft in unserer Gesellschaft.

DIE LINKE ist sowohl sozialistisch als auch feministisch, deshalb setzen wir uns für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben ein.

Die weltweite Unterdrückung von Frauen wird auch von fortschrittlichen Kräften oftmals ignoriert, verharmlost oder als "natürlich gegeben" hingenommen. Daher betont DIE LINKE in ihrer politischen Analyse und Strategie den antipatriarchalen Ansatz.

Weltweit erleben Frauen viele Formen der Gewalt, ob als Ausdruck patriarchaler Religionen, Familienideologien, ob aufgrund einer gesellschaftlichen Geringschätzung von Frauen, ob als Folge von Krieg oder Vertreibung oder aufgrund von Menschenhandel; auch sexuelle Gewalt ist ein Ausdruck patriarchaler Herrschaft.

DIE LINKE ächtet Gewalt in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, deshalb fordern wir die Absicherung und den Ausbau von Einrichtungen für Opfer von Gewalt sowie Gewaltprävention und Friedenserziehung.

Armut ist weiblich. Frauen leisten unbezahlt einen Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit der Erziehung, Pflege und Versorgung. Sie bezahlen dies mit Altersarmut oder einer Perspektive als allein erziehende Hartz IV-Empfängerin.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der Arbeitszeit und die gerechte Verteilung von Erwerbs-, Beziehungs- und Erziehungsarbeit auf Männer und Frauen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft. Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit unterworfen wird.

Erwerbslose müssen einen eigenständigen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB haben, unabhängig von ihren Partnern oder Partnerinnen.

Wir fordern ein Recht auf ganztägige kostenlose Kinderbetreuung in allen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung, damit Frauen und Männer Erwerbs- und Erziehungsarbeit miteinander vereinbaren können.

Wir wollen die bestehenden patriarchalen Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigen. Soziale Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild muss auch die Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern einschließen. Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. Das Modell von der Rolle des Mannes als alleinigem Ernährer der Familie gehört der Vergangenheit an. Neue Beziehungen von Angehörigen entstehen. Sie benötigen rechtliche Anerkennung.

3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen am 28. und 29. August 2010 in Langenselbold

06 Resolutionen

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
R 01	Barbara Cárdenas, MdL; Murat Çakir und weitere 25 Unterzeichner	Für Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen MigrantInnengruppen	53
R 02	Wolfgang Gehrcke und weitere 104 Unterzeichner	Raus aus Afghanistan!	54

Resolution 01

AntragsstellerInnen: Barbara Cárdenas, MdL (KV Offenbach); Murat Çakir (KV Kassel-Stadt) und weitere 25 Unterzeichner

Antragsthema: Gleichstellung der kurdischen MigrantInnen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen MigrantInnengruppen

Nach über 45 jähriger Arbeitsmigration leben nun fast 1 Million Kurdinnen und Kurden in Deutschland – davon Zehntausende in Hessen. Als ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge oder AkademikerInnen kamen sie aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien nach Hessen. Inzwischen ist ein großer Teil der Kurdinnen und Kurden in Deutschland eingebürgert. Viele von ihnen haben einen gesicherten Aufenthaltsstatus und gelten als weitgehend integriert.

Obwohl die Kurdinnen und Kurden die zweitgrößte MigrantInnengruppe in Hessen ausmachen, sind sie als eigenständige MigrantInnengruppe nicht anerkannt, da sie in der Regel Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Türkei, des Irans, Iraks oder von Syrien sind.

Fundamentale Rechte, die die übrigen MigrantInnengruppen besitzen, so z. B. Muttersprachlicher Unterricht, Beratung und Betreuung in der eigenen Muttersprache, Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u. v. a. m. bleiben ihnen verwehrt. Es ist an der Zeit, dass die Kurdinnen und Kurden als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt werden, um sie somit in der öffentlichen Unterstützung und Förderung ihrer sozio-kulturellen Anliegen den anderen MigrantInnengruppen gleichzustellen.

Die Tatsache, dass in Deutschland seit 1993 kurdische Organisationen verboten werden, führt dazu, dass kurdische MigrantInnen und insbesondere ihre vielfältigen Selbstorganisationen kriminalisiert, stigmatisiert und, als Folge dessen, doppelter Ausgrenzung ausgesetzt werden. Die Organisations- und Betätigungsverbote sowie zahlreiche Repressionsmaßnahmen stellen sich als große Integrationshindernisse dar – auch in Hessen. Die Kurdinnen und Kurden, die seit Jahrzehnten zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden sind, werden so an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diese Tatsachen zeugen von einem fatalen Defizit der bundesrepublikanischen Demokratie. Es ist dringlicher denn je, diesen Umstand zu ändern.

Die Delegierten des Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Hessen sind der Auffassung, dass ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig ist. Um dies gewährleisten zu können, fordern sie die Hessische Landesregierung, die Parteien im Hessischen Landtag sowie die Bundesregierung und den Bundestag auf, Schritte zur Beseitigung der Folgen des bisherigen Umganges mit kurdischen MigrantInnen zu unternehmen. Dazu gehören insbesondere:

- Die Anerkennung der Kurdinnen und Kurden als eigenständige MigrantInnengruppe und Gleichstellung mit den anderen MigrantInnengruppen in Hessen und Deutschland;
- Aufhebung der Organisations- und Betätigungsverbote gegen kurdische Organisationen und Beendigung der Repressionsmaßnahmen;
- Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für kurdische SchülerInnen;

- Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für kurdische MigrantInnen und Flüchtlinge in ihrer Muttersprache;
- Gleichbehandlung der Kurdinnen und Kurden bei den fremdsprachlichen Sendungen des Hessischen Rundfunks;
- Förderung der Selbsthilfe sowie der Bestrebungen kurdischer Selbstorganisationen für muttersprachliche politische und kulturelle Information und Bildung;
- Einstellung von Abschiebungen politisch aktiver Kurdinnen und Kurden und Aufhebung der Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge;
- Einsatz der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei.

Die aus der Migration der Kurdinnen und Kurden in Deutschland erwachsenen Probleme müssen als eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik verstanden werden. Daher sind die Delegierten des Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Hessen der Auffassung, dass diese Schritte einen wichtigen Beitrag für die überfällige Eingliederung eines nicht unwesentlichen Teils der hessischen Bevölkerung bedeuten. Sie sind der festen Überzeugung, dass Zivilgesellschaft, die demokratischen Kräfte, die Selbstorganisationen der Kurdinnen und Kurden und die verantwortliche Politik große Anstrengungen unternehmen müssen, um eine friedliche, gleichberechtigte und demokratischere Zukunft für Hessen mit gestalten zu können.

Begründung erfolgt mündlich.

Resolution 02

Antragsteller: Wolfgang Gehrcke MdB (KV Frankfurt) und weitere
104 Unterzeichner

Antragsthema: Raus aus Afghanistan!

Antrag:

Der Landesparteitag möge die folgende Resolution beschließen:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bundeswehr sofort und bedingungslos aus Afghanistan abzuziehen. Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt, im Gegenteil: Die Bundesrepublik führt Krieg in Afghanistan. Und es wird immer deutlicher, dass das vom Bundestag erteilte Afghanistan-Mandat politisch falsch und moralisch inakzeptabel ist. Es wurde auf einer falschen, zumindest unzureichenden Informationsgrundlage beschlossen. Denn: Wer Krieg führt, muss die Bevölkerung täuschen. Tricksen, täuschen, tarnen gehört zum Kriegshandwerk, nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Von Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb ist die Bevölkerung über den Afghanistankrieg nie korrekt informiert worden. Die deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeuge liefern die Luftbilder für nachfolgende Bombenangriffe der NATO-Truppen. Auch die deutsche Kriegsführung trägt Mitschuld an den Toten in Afghanistan. Kriegsgefangene, die von deutschen Truppen festgesetzt wurden, werden an afghanische Behörden ausgeliefert. Dass in afghanischen Gefängnissen gefoltert wird, ist aber bekannt. Auch darüber wurde und wird von den Bundesregierungen geschwiegen.

DIE LINKE hat parlamentarisch und außerparlamentarisch den Afghanistan-Krieg abgelehnt und Widerstand gegen Krieg und Rüstung organisiert. Der Bundesparteitag der LINKNE hat einen umfassenden Abzugsplan diskutiert und beschlossen.

Der Widerstand gegen den Krieg in Afghanistan wird immer breiter: Unterstützung erhält die Friedensbewegung erstmalig auch vom P.E.N.-Zentrum Deutschland. Die Schriftstellervereinigung forderte einstimmig den raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, ihr Präsident Johano Strasser unterschrieb demonstrativ als erster den Appell der Friedensbewegung.

DIE LINKE. Hessen wird sich mit Veranstaltungen, Infoständen und einem eigenen Flugblatt an den vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung im Herbst dieses Jahres beteiligen. Wir werden flächendeckend in ganz Hessen gegen die Anwerbung neuer Soldaten durch die Bundeswehr an Schulen, vor Arbeitsämtern, bei Berufsbildungsmessen usw. protestieren.

DIE LINKE. Hessen unterstützt die Unterschriftenaktion der Friedensbewegung und wird in allen Kreisverbänden für die klaren Forderungen an Bundestag und Bundesregierung Unterschriften sammeln:

- § Für den Stopp aller Kampfhandlungen,
- § den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,
- § den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.